

Schanzen leben

Januar/Februar 87

1094328743007 0815

Kurzer Bericht vom ersten Plenum der VOBO-Initiativen

Am 14. Januar trafen sich zum ersten Mal Mitglieder von initiativen und Gruppen, die bei den Volkszählungsboykott-Aktionen aktiv mitmischen wollen. Ca. 7o Personen waren anwesend, doch wurde bei der Vorstellung sehr schnell deutlich, daß die meisten Gruppen und Initiativen noch in der Anfangsphase ihrer Aktivitäten stecken und daß noch wenig von praktischem Widerstand gegen die anstehende Volkserfassung zu berichten war.

Große Pläne nach altbekannter Art trugen die Gruppen vor, die der DFU nahestehen. Eine, nein, vielleicht auch mehrere Aktionskonferenzen sollen zum Höhepunkt der Boykottkampagne einberufen werden. Sie sollen aus einem Bündnis von Initiativen (die es bisher kaum gibt) und Parteien (die es schon gibt), Gewerkschaftsvertretern, Verbandsvertretern hervorgehen und sollen ... na, was wohl?

Richtig, ein "Forum", sogar ein "qualifiziertes Forum" schaffen - vielleicht ein neues "Hamburger Forum"?

Die Mehrzahl der Anwesenden hielt dagegen die Plenumsform als die geeignete Form, politische Meinungen, praktische Erfahrungen, Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen usw. zu diskutieren und umzusetzen. Also treffen wir uns in dieser Weise wieder, evtl. alle 14 Tage.

Das nächste Treffen des Plenums der Initiativ- und Gruppenvertreter wird am 28. Januar stattfinden, wieder in der Altonaer Straße 28, um 19.3o Uhr.

Eine erste gemeinsame Handlung wird die Ausarbeitung eines Flugblattes sein, das die wesentlichen Informationen über die Volkszählung enthält. Es soll mit ihm deutlich gemacht werden, warum "die" uns zählen wollen und warum wir uns dagegen wehren. Die Volkszählung ist ein politischer Angriff gegen jeden von uns; wir werden uns daher auch politisch verteidigen: Unser Boykott wird also politisch sein, in der theoretischen Gegenargumentation wie auch in der praktischen Verweigerung.

Dieses Flugblatt soll allen Initiativen und Gruppen zur Verfügung stehen; daneben werden diese Gruppen natürlich ihre eigene Informationsarbeit machen. Weiterhin soll die zentrale Besorgung von bereits herausgegebenen Broschüren und Infos organisiert und die Einrichtung eines Rechtshilfefonds geprüft werden. Eventuell bilden sich Fachgruppen zur Information ausländischer Bürger, zur Situation in den Gefängnissen usw. - aber wie schon gesagt, das Plenum, die Initiativen befinden sich erst im Anfangsstadium ihrer Arbeit.

Natürlich wird auch Organisatorisches auf den Tisch kommen, z.B. die Frage nach der Einrichtung eines ständigen Büros - und natürlich die Arbeit der verschiedenen VOBO-Initiativen.

Es soll dann eine inhaltliche Diskussion über die Volkszählung, über ihren Zusammenhang mit den verabschiedeten Sicherheits=Kontrollgesetzen (u.a. Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises im April dieses Jahres, die rechtliche Absicherung der "Schleppnetzfahndung" für die Polizei) und den sogenannten Anti-Terror-Gesetzen (Ausweitung des § 129a, Einführung des § 13oa StGB) und über die Interessen, die hinter diesen sozialen Kontrollmaßnahmen stehen, geführt werden.

Für das Viertel können wir bisher folgende Gruppenkontakte angeben:

Initiative gegen den Überwachungsstaat
Montags, 2o.oo Uhr
Kinderzentrum Bartelsstraße

Mikrozensusboykottgruppe
Dienstags, 2o.oo Uhr
Kinderzentrum Bartelsstraße

VoBo-Initiative im Karolinenviertel
Donnerstags, 2o.oo Uhr im 'Let's Rock'
Karolinenstraße 2

Euren sozialen Frieden wollen wir nicht



Wir wollen, daß die direkt Betroffenen zusammenkommen können, um gemeinsam Widerstand zu entwickeln. Hierzu wollen wir praktisch beitragen:
Wir gründen daher ein regelmäßiges Treffen für Flüchtlinge, ausländische Arbeiter(innen) und Deutsche. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat wollen wir uns um 17.00 Uhr treffen. Unser Interesse an einem solchen solchen Ansatz von Selbstorganisation der direkt Betroffenen ist offensichtlich, denn: Der Angriff auf die Flüchtlinge und ausländischen Arbeiter(innen) ist Teil des Angriffs der herrschenden Klasse gegen alle Unterdrückten in diesem Land - egal ob in- oder ausländisch !
Die Einschränkung des Lebensrechtes von "Randgruppen" und "Minderheiten" richtet sich auch gegen uns, Zitat: "denn solange sie uns entzweien, bleiben sie doch unsere Herren" (Berthold Brecht).
Aus dieser Einschätzung kämpfen wir insbesondere
- gegen das Einsperren in Sammellager
- gegen das Arbeitsverbot für Asylbewerber(innen)
- gegen die Abschiebung und "Umverteilung" sowie
- gegen alle Sonderbestimmungen für Asylbewerber(innen) und
- gegen alle Schikanen in verschiedenen Behörden (Sozialämter, Ausländerbehörde, etc.)

Für uns ist die Einrichtung des (zunächst 14-tägigen) Sonntagstreffens ein vielleicht kleiner, aber wichtiger Schritt im Kampf gegen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung.
Bei den Treffen wollen wir mit Euch
- über wirksame, gemeinsame Kampfformen beraten und dabei unsere Erfahrungen austauschen.
- gemeinsame Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen organisieren
- Euch und uns über die gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen, vor allem im Asylverfahrensrecht und in der Sozialhilfe informieren.

Es ist aber auch möglich
- einzelne Menschen mit Rat und Tat zu unterstützen (allerdings indem wir das Einzelbeispiel verallgemeinern, damit sich möglichst viele Leute schlau machen und anderen helfen können).
- Veranstaltungen zur politischen Lage in den verschiedenen Herkunftsländern auch zur gegenseitigen Information durchzuführen.
- Über die allgemeine politische Lage in der BRD, und die außerhalb der direkt Betroffenen geführten Kämpfe, und ihrem Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Ausländerpolitik zu diskutieren.

Wichtig: Wir sind selbst in sehr unterschiedlicher Weise organisiert und wollen niemandem einen Weg vorschreiben, ob und wie er/sie sich organisieren.

Wann: 1.2.87
15.2.87
Ort: Schumacherstr. Dev Genc gegenüber vom VIR-Laden

Es laden ein:
- Dev Genc
- Arbeitsgruppe Ausländerpolitik der Erwerbslosen- & Jobberinitiativen

Wir würden uns freuen, wenn andere Organisationen, Zusammenhänge und Einzelpersonen das regelmäßige Treffen unterstützen. Sie sollten uns ansprechen.

Arbeitskreis Sozialämter Hamburg

Pressemitteilung

Am 2.12.1986 trafen sich Mitarbeiter aus fast allen Hamburger Sozialämtern, um eine Beschäftigteninitiative ins Leben zu rufen.
Die Angehörigen der Initiative hatten auf dem "Dienstweg" jahrelang vergeblich um eine ausreichende Personalausstattung gerungen.
Der Arbeitskreis war dann zunächst innerhalb der Gewerkschaft ÖTV gegründet worden, doch die Kollegen stießen hier sehr schnell an Grenzen.
Außer schönen Worten (s.a. TAZ v. 2.12.86, Kollege D. Ott) hatten die Funktionäre nichts zu bieten, der Genossenfilz behinderte eine konkrete Arbeit. So wurden geplante Veranstaltungen und Flugblätter von den Funktionären immer wieder verhindert. Ziel des Arbeitskreises ist u.a., die katastrophalen Zustände in den Hamburger Sozialämtern einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.
Als wichtigste Ursache sehen die Kollegen den seit Jahren eklatanten Personalmangel an, der zum Beispiel dahin geführt hat, daß eine soziale Beratung für Hilfesuchende nicht stattfindet.
Hinzu kommt, daß durch die Sparpolitik der öffentl. Haushalte Sozialhilfeempfänger kaum mehr in der Lage sind, ein menschenwürdiges Leben zu führen, wie es das Gesetz eigentlich vorschreibt.



KLAUT MEHR

Die Sachbearbeiter in den Sozialdienststellen können ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden, lange Wartezeiten und "überlaufende" Sachgebiete (bis zu 70% Überlastung) führen zu Aggressionen auf beiden Seiten. Krankheit und eine große Personalfluktation sind die Folge für die Beschäftigten. Mit dem anstehenden Einsatz moderner Computer zeichnen sich weitere Probleme ab. Um von der Entwicklung nicht völlig überrollt zu werden, wollen die Kollegen auch zu diesem Thema arbeiten. Besonderen Wert legen die Initiativler aber auch auf den Dialog mit den betroffenen Sozialhilfebeziehern, den Erwerbslosen- und jobberinitiativen, den Gewerkschaften, Verbänden, Kirchen und Parteien.



Mensch erhofft sich auch gemeinsame Aktivitäten mit anderen Kollegen der Verwaltung, deren Arbeit im sozialen Dienstleistungsbereich durch Stellen- und Mittelabbau gefährdet ist. Dies gilt insbesondere für die Sozialarbeiter und Erzieher im Bereich der K T H ; aber auch für Lehrer.
Nur durch die Beteiligung aller werden letztlich die anstehenden, gesellschaftl. Probleme gelöst werden können.

Kontakt: andreas 04101/48569

CDU sicher sozial und frei — Aus Liebe zu Deutschland



Überwachung im Viertel

Das Sozial- und Einwohneramt St. Pauli in der Wohlwillstraße ist seit kurzem wieder geöffnet. Durch den Einbau von automatisch verriegelbaren Stahltüren und der festen Stationierung von zwei Bullen in der Pförtnerloge ist aus ihm eine kleine Festung gemacht worden.
Damit wollen die herrschenden in unserer Stadt wohl die in der Vergangenheit immer wieder vorkommenden Unzufriedenheitsäußerungen u.a. der Sozialhilfeempfänger unter Kontrolle bringen. Das Rezept ist alt und wurde schon von den Nazis gerade in St.Pauli, im Schanzenviertel oder in der Neustadt praktiziert: Überwachung und Kontrolle als Antwort auf berechtigte soziale Forderungen.

IN DIESEM HEFT

Seite:

LESERBRIEFE!

GEWALTFREIHEIT UND MILITANZ -
MIT VERSTAND GEGENS VATERLAND !!!

Wer umarmt wen? Mili tanz't? Am2o.12.86 sollte endlich das zustande kommen,was von der linksliberalen(u.a.GAL ,DKP,JUSOS...) Öffentlichkeit in den letzten 5 Jahren(allerdings auch vom Hafen) verpennt worden ist.
Ein möglichst breites Bündnis, das für den Erhalt der Hafenstr.-Häuser kämpft und demonstriert.
So zum Ende des Jahres konnte man das ja mal tun.Wo doch sowieso klar ist,das die Hauser nicht zu halten sind?Ausgerechnet zwischen diesen beiden Wahlen in den heißen Stadtteilen hat die GAL immerhin 4o% erreicht. Da muß doch während des Wahlkampfes etwas für diese Wähler getan werden. Demonstrieren wir mal. Seien wir mal solidarisch. Vor 6-9 Monaten, bei anderen Demo's lehnte die GAL kategorisch ab, die Demo überhaupt am Knast oder gar zur Hafenstr. laufenzulassen, weil doch ihre lieben Wähler das nicht mitmachen würden.Verbal - solidarisch ja - anfassen - igitigit !
Der Staatsterror und die Strategie der Bullen haben es geschafft, einen großen Teil der Bewohner der" Häuser" zu demoralisiren. Die letzten Teilräumungen haben zumindest gezeigt, das immer weniger Bullen zum Einsatz kam en. Und die linke Öffentlichkeit entweder zur Arbeit gegangen oder zu Hause im Bett geblieben war. Über die Schlamperei mit den Telefonketten will ich garnicht erst reden. Es ist deutlich geworden, daß die Häuserkämpfer/innen es nicht geschafft haben, ihre Inhalte nach außen zu tragen und zumindest in der linksliberalen Öffentlichkeit zu verankern. Obwohl die Demo ein kleiner Erfolg war, fristet der Hafen ein Ghettodasein!
Kurz nochmal zum Ablauf der Demo! Unsere Gruppe versucht seit einiger Zeit einen kontinuierlichen Widerstand gegen die Sanierungspolitik, gegen Staat und Repression etc. zu entwickeln. Wir haben zu den jeweiligen Teilräumungen Soli- Aktionen gemacht. Aber wir wollten eigentlich weg davon, immer nur zu reagieren. Als dann der Termin für die Demo feststand, kam das Kleve-Syndrom auch bei uns wieder hoch. Und wir hatten auch keinen Bock uns von den Anti-Impis über den Tisch ziehen zu lassen. Da wir keine oder nur undiskutierte Aktionen in Kopf und Bauch hatten, haben wir uns darauf vorbereitet. Da wir keine Alternative sahen und wir es wichtig finden, das Solidarität praktisch umgesetzt wird(wenn auch 5 Jahre zu spät),hatte sich eine Gruppe zusammengefunden die über unsere normale Stärke hinausging.Es wurde viel diskutiert ob mit oder ohne Helm, Ketten bilden, Bewaffnung, Ängste und politische Inhalte.
Diese Vorbereitung hat dann auch dazu beigetragen, das die meisten Leute ein gutes Gefühl und weniger Angst hatten als bei anderen Demo's. Für die meisten war klar, das im Revolutionären Block in Ketten gegangen wird, wir uns nicht bewaffnen wollten und keine Helme getragen werden sollten. Die Einschätzung über die Eskalation der Gewalt war im nach hinein richtig, das wenn geknüppelt wird, die Provokation und Gewalt von den Bullen ausgeht. Pawelczyk's Knüppelgarde hat ihre dreckige Fratze mit aller Brutalität offen gezeigt und eine strategischpolitische Niederlage erfahren.
Denn was klar wurde: es ging nicht um irgendeine Knüppelorgie, sondern der gesamte Revolutionäre Blck sollte abgegriffen(eingekesselt) werden, was weder am Karl-Muck-Platz(erste Gelegenheit ohne Öffentlichkeit) noch in der Feldstraße dank der guten Vorbereitung, Entschlossenheit und starkem Widerstand, gelang!
In dieser Situation hat sich mal wieder gezeigt, wie wichtig es ist, daß vorher darüber diskutiert wurde, um gemeinsam stark und entschlossen(und geschl.) den "pigs" unseren Widerstand entgegenzusetzen.
Aber auch negative Erfahrungen wurden gemacht. Immernoch rennen viel zu viele in heller Panik weg wenn die Bullen angreifen bzw.,so tun als ob. Ketten bilden-stehen bleiben! Das ist unser bester Schutz!
Und immer wieder sind Idioten dabei, die meinen sie müßten ihren Widerstand aus der 3o. Reihe/ oft auch letzten Reihe beweisen zu müssen,und die Steine auf die eigenen Leute schmeißen. Natürlich nicht mit Absicht, aber, verdammt nochmal, wenn schon Steine oder andere Dinge geworfen werden, doch so, das nicht wir sondern die andere Seite getroffen wird. Oder müssen wir hier noch Wurftechni k und ähnliches durchkauen.
Auch wenn die Demo einen gewissen Erfolg darstellt, ist für uns klar das JUSOS,DKP,GAL u.a. sich einmal mehr zur Gewissensberuhigung auf die Straße begeben haben. Sie sind schließlich diejenigen, die, systemkonform wie sie nun mal sind, es mit verhindern, das befreite Gebiete,neue Lebens- und Arbeitsformen u. Utopien(so unausgegoren sie auch sein mögen) entstehen und sich zu revolutionären Organisationen gegen diesen Staat und dessen Schweinepolitik entwickeln.

FEUER UND FLAMME FÜR DIESEN STAAT !!
In diesem Zusammenhang verstehen sich die "Revolutionäre für ein feuriges Fest" und ihre Anschläge auf 2o Kaufhäuser am 21.12.86.

Revolutionäre Praxis?
Leider sind wir in unserer Analyse über die gesellschaftlichen Verhältnisse noch nicht so weit, das wir aus den politischen Diskussionen eine revolutionäre Praxis des Widerstandes entwickelt haben die für sich selbst spricht und Bekennerbriefe überflüssig macht.
Die meisten Sabotageanschläge dienen eher der Reproduktion des Kapitals und nicht zu echten wirtschaftlichen Schäden.Aber die Wut, die zu den Brandanschlägen führte, können wir nachvollziehen.
Aus solidarität mit der Hafenstr. wäre es allerdings sinnvoller gewesen, SAGA, Bullen oder Repräsentanten dieses Unterdrückungsapperates anzugreifen, damit deutlich wird wogegen wir uns wehren (alles klar - verbal radikal).
Anschläge auf Karstadt, Hertie u. wie sie auch immer heißen, können sicherlich dazu beitragen, klar zum Ausdruck zu bringen das wir uns gegen dieses grenzenlose Konsumieren stellen, gegen die Armut hier und in der sog.3 Welt.
Deutlich machen können die Brandanschläge auch die Verpflechtungen des Kapitals mit dem Staat. Aber was hat das mit Solidarität mit der Hafenstraße zu tun?

Unserer Meinung nach waren die Anschläge deutlich genug und der Bekennerbrief unnötig. Laßt doch Pawelczyk, Lochte u. co. für ihre Kohle was tun. Dadurch werden solche Aktionen für die Bevölkerung auch nicht verständlicher. Das sollte zumindest eine Perspektive sein und in die politische Diskussion mit einbezogen werden, um letztendlich die berühmte Praxis zu bestimmen. Dafür sind Enteignungsaktionen, Aktionen gegen Strommasten und am Betrieb, und Bau von AKW's beteiligte Firmen ein gutes Beispiel.
Die praktische Solidarität mit der Hafenstraße kann nicht nur aus dem Widerstand gegen diesen Staat und seine kapitalistischen Handlanger bestehen, sondern wir müssen für ein selbstbestimmtes und - organisiertes Leben, auch außerhalb der Hafenstraße kämpfen und zwar in allen Lebensbereichen.

Es grüßt das Lumpenproletariat!!

DIE HÄUSER GEHÖREN DENEN,DIE DARIN WOHNEN!
RÄUMT DIE KNÄSTE UND NICHT DIE HÄUSER!
FÜR EIN FREIES,FRÖHLICHES,LUSTVOLLES, SELBSTBESTIMMTES LEBEN!

»Erste revolutionäre Massenbewegung auf deutschem Boden«

Moin leve Lüt !
Ik heb dat ja nu allns in'Fernsehn sehn und inne MOPO lesn,dat se da överall so ne Brandsätze inne Kaufhäuser lecht hebt.
Nu verstahn kann ick se ja, dat se Wut in Bauch hebt un so, wenn auffer einen Siet de Unnerdrückung immer arger ward un auffe anner Siet de Lüt sich dumm und dösig köpt damit se nur nich ma nachdenken brucht.
Bloß wat schall dat beten Füer denn ännern,ausser dat de Klamotten n beten billicher wern sin.
War dat denn nich gescheiter wenn se dann beigan würn und de Konsumpaläste einfach leerräumen täten?
So wie de Lüt in Italien dat don.
Do hättn dann doch ok noch 'n paar anner Lüt wat von.
So wat müßt sich doch irgendwie organisern laten.
Un överhaupt,man möt ja nich immer allns in Dut haun,wat man noch bruchen kann.
Hebt doch damals de Likedeelers ok nich anners dan mit de Pfeffersäcke.

Hullt euch fuchtig!

Aus den „Frankfurter Börsenbriefen": „Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit ist – wenn es auch zynisch klingt – in erster Linie das Problem von zwei Millionen direkt Betroffener, und nicht das von 20 Millionen, denen es besser geht denn je. Um so unverständlicher ist es, daß es der Regierung Kohl noch immer nicht gelingt, diese Erfolge publikumswirksamer darzustellen. Dem Bundeskanzleramt fehlt offenbar ein PR-Mann von der Güte jenes Mannes, den Kohl mit Gorbatschow verglichen hat."

- Isolation ist Mord! -

Barbara Ernst (Gefangene aus der RAF) und Elisabeth Meermann hatten Anfang Januar ihre Anwälte damit beauftragt, ihrer Forderung nach gemeinsamen Hofgang auch juristisch Nachdruck zu verleihen. Über diesen Antrag ist von Seiten der Justiz bisher nicht entschieden worden. Die Strafvollzugsbehörde hat ihre eigenen Methoden, Anträge gegenstandslos zu machen: Am Mittwoch, 14.1., wurde Betsy gegen 7.50 h morgens von der Abteilungsleiterin und mehreren Knastbullen in der Zelle überfallen. Mit den Worten "Ziehen Sie sich an, Frau Meermann, innerhalb von 10 Minuten geht der Transport nach Vechta ab" wurde ihr klar gemacht, was passieren sollte. Betsy hatte gerade noch Zeit genug, die notwendigsten Verteidigungsunterlagen zusammenzukramen, bevor sie gewaltsam mit Fußfesseln im Einzeltransport nach Vechta in den Bunker (Iso-Haft) verfrachtet wurde.
Das alles ist kein Zufall, sondern Strategie!

Nachdem am Anfang nächster Woche (ab 19.1.) eine weitere Frau aus der Hafenstraße ihre Reststrafe (ca. 12 Monate) im Hamburger UG (!) antreten soll, ist klar, daß die kommunikation zwischen Gefangenen aus ähnlichen politischen Zusammenhängen verhindert werden soll, um sie auch innerhalb des Knastes zu isolieren.
Im folgenden drucken wir Betsy's Brief sowie ihre Erklärung zu den Haftbedingungen im Hamburger UG ab. Beide Texte haben durch die Verlegung nach Vechta nichts von ihrer Aktualität verloren.

Betsy's Brief

Seit dem 25.1.1986 sitze ich in der Untersuchungshaftanstalt Hamburg verurteilt wegen § 129 - Unterstützung der terroristischen Vereinigung RAF. Ich wurde zu eineinhalb Jahren verknackt und bin beim Urteil direkt eingefahren. Die Schweine meinten, ein Präventivurteil fällen zu müssen, damit dieser Vandalismus nicht um sich greifen würde. Während des HS der Gefangenen aus RAF, Widerstand und kämpfender Gefangener 84/85 beteiligte ich mich an einer Aktion im Altonaer Einkaufszentrum, bei der ca. 100 Scheiben von Banken und Kaufhäusern zerschlagen wurden. Die Parolen der Aktion waren:"Solidarität mit den Hungerstreikenden", "Für sofortige Zusammenlegung", "Nieder mit den Knästen". Diese Aktion war ein Teil der Front von Angriffen gegen den Staat. Da wurde ich festgenommen und nach ED-Behandlung wieder rausgelassen. Ich war Bewohnerin der ehemals besetzten Häuser in der St.Pauli-Hafenstraße. Dieses Urteil wurde gegen mich in einer Zeit der absoluten Hetze, die gegen die Hafenstraße lief, gefällt.
Zum einen richtete sich dieses Urteil u.a. gegen die Hafenstraße, zum anderen gegen den Widerstand in Hamburg insgesamt, da dort wir Genossinnen in den letzten Jahren mehr zusammengekommen sind. Dieses Urteil war klar ein Einschüchterungsversuch. So ähnlich lautete damals auch die Erklärung von mir, die allerdings noch umfangreicher war. Schon seitdem ich damals einfuhr, bezeichne ich mich als politische Gefangene. Nachdem ich die ersten drei Monate bereits in Total-Isolation verbrachte, ging ich in eine Gesprächskontrollgruppe rein, weil mir nicht klar war, daß die...mit diesen Kontrollgruppen die Gefangenen total unter Kontrolle halten wollen. Ich dachte es mir allerdings, nachdem mir gesagt wurde, daß die Gruppen vom Pastor und anderen Personen geleitet würden und nur für eine begrenzte Anzahl von Frauen offen wären. Ich selbst wollte damals auch rauskriegen, was da läuft und schauen, ob man die Gruppen nicht benutzen könnte, um dort politisch zu arbeiten. Außerdem dachte ich, daß, wenn ich die Gruppen nicht ausprobieren würde, ich mich freiwillig in Iso bringen würde. Doch nach einer Zeit machte ich die Erfahrung, daß in diesen Gruppen überhaupt nichts laufen konnte, sie nicht nur unter Kontrolle stattfanden, sondern auch, daß es den meisten Frauen in den Auseinandersetzungen hauptsächlich um Verbesserung eigener Haftbedingungen ging. In diesen Gruppen wurden ausschließlich weiße Frauen bis zu einem bestimmten Alter zugelassen, was den faschistischen Charakter dieser Gruppen nochmal mehr deutlich macht. Ich entschloß mich dann dafür, jeden Tag für mich zu benutzen, was bedeutete, jeden Tag 23 Stunden auf Iso zu hocken. Aber besser das, als sich mit faschistischen Arschlöchern auseinanderzusetzen. Dazu zähle ich auch einige Frauen, die hier als Gefangene sind. Die eine Stunde Hofgang, die ich künftig nur noch mit den Frauen hatte, war abtötend. Es gab immer die gleichen Gespräche über Prozeß, Knast, Freunde. Dadurch, daß hier U-Haft ist, ist das sowieso eine unheimliche Fluktuation. Aber es ist auch bislang so gewesen, daß hier sonst keine Frau aus dem Widerstand war bzw. ein Verhältnis zum Widerstand hatte. Diese unerträgliche Situation spitzte sich für mich immer mehr zu. Die Briefe von draußen wurden, umso schlechter ich drauf kam, auch immer spärlicher. Ich selbst konnte mit der Situation überhaupt nicht mehr umgehen, ließ mich immer mehr in die Defensive drängen und stand dann plötzlich vor einem Punkt, wo es für mich nur noch darum ging, entweder aufzugeben oder zu kämpfen. Ich entschloß mich für letzteres und begann Ende August mit einem erstmal unbegrenzten HS für die Zusammenlegung mit den Genossinnen Christine, Irmgard und Hanna. Nach 10 Tagen brach ich den Streik ab. Was mir später erst klar wurde war, daß es gar kein Kräfteverhältnis gab, um die ZL so isoliert durchzusetzen, da a) der Streik überhaupt nicht vorbereitet war und b) ich es aus einer totales Defensive heraus machte, mir selbst der Kampf für die ZL nicht bewußt war, ich in dem Zusammenhang die europäische Situation der politischen Gefangenen gar nicht im Kopf hatte, nicht wußte, daß die ZL in Spanien seit 81 durchgesetzt ist, die...sie dort am liebsten sofort zurücknehmen würden, der Widerstand in Spanien aber zu stark ist, sie es jetzt hintenrum über uns Gefangene durchdrücken wollen, also hier in der BRD den Kampf gegen uns politische Gefangene noch mehr intensivieren werden.

Aber das starke an meinem Streik war, daß ich mich aus meiner vereinzelten Situation raus- und durchkämpfte.
Ca. Mitte Oktober sollte ich eine Unterschrift leisten, um einen Antrag auf Aussetzung des letzten Drittels der Strafe zur Bewährung zu stellen. Diesen lehnte ich ab, da ich mich von der damaligen Aktion hätte distanzieren müssen, wozu ich nicht bereit war und bin.
Vor ca. einem Monat wurde Barbara Ernst nach Hamburg verlegt, wo ich dann noch mehr meine Situation, die zu diesem Zeitpunkt ja noch immer isoliert war und es jetzt noch mehr ist, begriff und die Gelegenheit ergriff, mit ihr zusammen zu reden und zu diskutieren. Trotz der ganzen Einschüchterungsmaßnahmen seitens der Anstalt mir gegenüber war mir klar, daß ich weiterhin für die ZL kämpfen will und ich mit meinen Genossen und Genossinnen aus RAF, Widerstand und kämpfenden Gefangenen zusammengelegt werden will. Mir geht es um meine politische Identität, die ich für mich nur aufrechterhalten kann, wenn ich weiter für die Befreiung, also für ein Leben ohne Herrschaft und Unterdrückung kämpfe. Den Kampf hier im Knast, hier noch mit extremerer Schärfe aufnehme, um für meinen Status sla politische Gefangene zu kämpfen. Aus diesem Grund lehnte ich auch vor zwei Wochen die Zwangsarbeit ab.
Für mich waren meine Schritte von den Kontrollgruppen bis jetzt richtig und wichtig, da ich darüber für mich begreifen konnte, daß Isolation nie freiwillig ist. Als ich damals in die Gruppen reinging, fehlte mir das Bewußtsein zu diesem faschistischen Staat bzw. das Bewußtsein, daß der Faschismus bis in das tiefste Innere eines Menschen dringen soll;, die...die Sprache so mit den Inhalten verdreht haben, daß das was als faschistisch bezeichnet werden muß, wie z.B. der Terror in den Knästen, von ihnen als "frei", "Frei"stunde, "Frei"-zeitveranstaltung, freilassen, Freiheit genannt wird.
Wäre es mir früher schon bewußt gewesen, dann wäre ich niemals in die Gruppen reingegangen. Dann hätte ich auch total klar gehabt, daß Isolation weiße Folter ist, um uns politische Gefangene in unserer Identität zu zerstören. Daß sie trotzdem ab und an nach innen aufmachen, hat das Kalkül, daß man sich eventuell im Rahmen des Normalvollzuges eingliedert, um sich dann entpolitisieren zu lassen., sich als Kriminelle begreifen soll.
Da ich, wie ich bereits erwähnte, weiter für die ZL kämpfen werde, will ich als vorübergehendes Ziel den gemeinsamen Hofgang mit Barbara. Für mich ist das der nächstliegende Schritt, um hier zusammen mit ihr meine Identität vorläufig zu wahren. Ich weiß, daß die Front nur draußen entstehen kann und trotzdem ist der Kampf für die ZL für uns politische Gefangene, die Kollektivität, das Bestimmende, das unseren Kampf drinnen und draußen zusammenbringt.

Für die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF, Widerstand und kämpfende Gefangene!

Freilassung von Günter Sonnenberg!



Am 3.5.1977 wurde Günter Sonnenberg, Gefangener aus der Guerilla, bei seiner Verhaftung durch einen Schuß in den Hinterkopf lebensgefährlich verletzt. Schon 15 Tage später wurde er schwerverletzt verhört und alleine bis Juli 1977 viermal von einem Knast zum andern verschubt. Für eine Wiederherstellung von Günters Gesundheit sind Abwechslung in der sinnlichen Wahrnehmung und Kommunikation mit anderen Menschen unbedingt notwendig. Statt dessen ist Günter seit nun mehr als 9 Jahren in Einzelisolation. Seine Haftbedingungen werden zusätzlich durch Brief- und Besuchsverbote verschärft. Notwendige Untersuchungen durch Ärzte seines Vertrauens wurden jahrelang verweigert. Dazu kommen Schikanen, die direkt auf die Verschlechterung seines gesundheitlichen Zustands gerichtet sind. Zum Beispiel wurden ihm am Anfang seiner Haftzeit die Notizen, die er sich machte, aus der Zelle genommen. Er schrieb jede Einzelheit seines Tagesablaufes auf, um sein Gedächtnis zu trainieren und die Sprache wieder neu zu lernen.

„Die konsequente Verhinderung seiner gesundheitlichen Rehabilitation durch den Staatsschutz hat Methode. Sie ist Ausfluß der kriegsmäßig geführten Aufstandsbekämpfung, die dem politischen Gegner das Recht auf Leben verweigert. Die rechtlichen Konsequenzen aus seiner Haftunfähigkeit, nämlich Freilassung und Rekonvaleszenz, stehen seiner Vernichtung im Sonderhaftvollzug im Wege. Deshalb der Versuch, die Feststellung der Haftunfähigkeit durch unabhängige Vertrauensärzte zu verhindern." (Aus einer Dokumentation der Anwälte zur Situation Günter Sonnenbergs, 1985)

TOTALISOLATION VON BETSY UND BARBARA SEIT BARBARA'S VERLEGUNG NACH HAMBURG AM 17.10.1986

Offiziell wurden Haftverschärfungen bei Betsy damit begründet, daß diese bei § 129a-Gefangenen im Gesetz vorgesehen seien. Der Zusammenhang mit der Verlegung von Barbara wurde entweder bestritten oder "weder bestätigt noch dementiert". Der politische Zusammenhang ist offensichtlich, da die Verschärfungen bei Betsy zeitlich genau mit der Verlegung Barbara's begannen, als die Beiden Kontakt zueinander aufnahmen.
Die Verschärfungen sind im wesentlichen folgende:
- Trennscheibe zwischen Betsy und Anwälten, richterliche Kontrolle der Anwaltspost;
- 24 Stunden Totalisolation in der Zelle, da Betsy den für sie vorgesehenen "Einzelsonderhofgang" mit Polizeispalier verweigert;
- Disziplinarmaßnahmen wegen Arbeitsverweigerung, zunächst Einkaufssperre, dann zusätzlich Verbot, Radio zu hören;
- nur noch Einzelbesuch, alle 14 Tage eine halbe Stunde, Verzögerung der Bearbeitung von Besuchsanträgen, so daß einige Besuche auch noch ausfallen mußten;
- totale Trennung von Betsy und Barbara, die sich nicht sehen, nicht miteinander reden sollen;
- Aufwiegeln von anderen Gefangenen, Betsy wurde zweimal von Gefangenen angegriffen bzw. bedroht;
- auf Betsy's Antrag hin Umstellung auf eine besondere, vitaminreiche Ernährung, womit der Knast die Total-Iso eingesteht;
- zunehmendes Anhalten von Briefen, Zeitschriften etc., z.B. Sabot, Knispelkrant, engl. Frauenzeitung "outwrite", ein Redebeitrag zum antiimperialistischen Kongreß, ein Brief von Betsy an Knut Volkerts etc. (es passiert jeden Tag).

Betsy beschreibt die Haftverschärfungen/bedingungen so:
"Hallo, ich will dir mal den Verlauf der Haftverschärfungen schildern:
Freitag, 17.10.: beim Hofgang stelle ich fest, daß Barbara hier ist, wir reden miteinander. währenddessen stellt sich immer ne wachtel neben mich. während sie hofgang hat, reden wir auch.
das erste mal ra-besuch mit trennscheibe. ich will danach ne schriftliche bescheinigung haben, die ich nicht bekomme. ich soll zur abteilungsleiterin (al) ins büro, was ich verweigerte. ne halbe stunde später wurde mir mitgeteilt, daß die ra-post über den richter geht.
Samstag, 18.10.: beim hofgang wird mir gedroht, falls ich nicht mit barbara zu reden aufhören würde, der hofgang für alle frauen abgebrochen wird. das steigert sich so, daß ne soziale gefangene auf mich losgehen will, mich zusammenschlagen will. doch auch davon laß ich mich nicht einschüchtern...
Sonntag, 19.10.: während wir reden, stellen sich die wachteln neben uns, ansonsten passierte da erst mal nichts.
Montag, 20.10.: wir reden wieder miteinander. morgens gebe ich an ra einen brief raus, worin ich schrieb, daß mir bisher keine begründung für trennscheibe, briefkontrolle gegeben wurde. zwei stunden später hatte ich einen schriftlichen bescheid in der hand.
Dienstag, 21.10.: barbara hat auf dem hof getrennten bereich abzulaufen, also dort, wo normalerweise absolutes geh-verbot ist. wir schreien uns trotzdem zu. ihr hofgang wird abgebrochen. unter meinem fenster bleibt sie stehen, sagt mir was. der bulle (scheinbar staatsschutz) und die wachtel zerren sie auf derbste art die treppe runter. da ich durch zufall oben tuschwasser stehen hatte, kippte ich das der wachtel auf den kopf. danach wurde ich als die "gewalttäterin" behandelt,

die wachteln kamen ausschließlich zu zweit an die zelle, essen und zeitung wurde mir durch die klappe reingereicht. das essen bekam ich als letzte.
Mittwoch, 22.10.: spätestens an diesem tag wurde uns gesagt, daß wir künftig einzelsonderhofgang hätten.
Donnerstag, 23.10.: ich war noch mal kurz draußen, ging sofort wieder rein, als ich sah, wo ich gehen sollte.
Freitag, 24.10.: morgens besuch. ich werde von ner wachtel in den trennscheiben-raum gebracht. als ich mich da rein flegelte, wurde ich nach zehn minuten wieder rausgeholt und in nen normalen besuchsraum gebracht. dort war außer der wachtel noch ein bulle von fd 7 anwesend.

zusammengelegte Frauen aus GRAPO + PCE(r)

in der hafenstraße war zu der zeit auch psychoterror. hier hing es ganz klar damit zusammen, daß die schw. durch barbara und mich in der defensive waren.
danach hatte ich sonderhofgang. als ich auf dem zwischenhof war, brüllte ich ganz laut:"freiheit für alle politischen gefangenen" und die zl-forderung. danach faßte der b. mich grob am arm und meinte: "es gibt keine politischen gefangenen". danach wurde der hofgang abgebrochen.
Samstag, 25.10.: zum hofgang wird die zelle aufgemacht. ich seh rechts an der zellentür ne wachtel, links bis zur treppe stehen zwei weitere, mir gegenüber steht der sonderbulle und an der treppe ca. 3/4 knastbullen. an jeder sperre, durch die ich gehe, stehen weitere bullen. der sonderhof ist ne auffahrt zum knastparkplatz, eingegrenzt der länge nach, einmal von nem gitter und nem wachturm und zur anderen seite von nem weiteren wachturm und der wand und dem bullen, ca. 30 m lang. breite ist ca. 15 m, eingegrenzt durch die knastmauer und dem knast. der weg hat altes kopfsteinpflaster und das ganze erinnert nur noch an kz-hof.
ich rief wieder beide parolen. es hörten mich gefangene, die ans fenster kamen. der bulle und die wachtel rissen mich weg. der hofgang wurde abgebrochen. der bullentransport begleitete mich wieder bis zur zelle.
Donnerstag, 30.10.: ich überlegte mir, mal auszuschlafen. gegen 9 uhr kam ne wachtel rein und meinte voll schleimig:"frau meermann, fühlen sie sich nicht, sollen wir den arzt holen?". ich schmiß sie raus.
31.10.-2.11.: genau an dem wochenende werden abends - wenn barbara und ich reden - die suchscheinwerfer vom beobachtungsturm eingeschaltet. am ersten abend auf unser beider zellen, die nächsten abende nur auf meine zelle.
Montag, 3.11.: ich schrieb raus, daß die scheinwerfer an waren, abends wurden sie dann ab diesem montag ausgelassen. ich stellte schon häufig fest, daß viele maßnahmen nicht gerechtfertigt sind und wenn ich sie rausschreibe, teilweise zurückgenommen werden.
einmal laufe ich an barbara's zelle, da kommt ne soziale gefangene und will mich zusammenschlagen, von wegen sie hätte genügend ärger durch mich.
Montag, 10.11.: ich werde morgens ins büro gerufen, wo sich eine frau clasen vorstellt, die die neue al sei. sie ist unwahrscheinlich jung, scheint formal korrekt zu sein und nicht so viel unter dem tisch verschwinden zu lassen. sie wollte mit mir über die arbeitsverweigerung reden. ich sagte, daß ich politische gefangene sei und nicht zum arbeiten gezwungen werden könnte. sie schrieb es auf. währenddessen saß ich auf ihrem schreibtisch, womit sie arge probleme hatte, denn sie wurde immer saurer und saurer.
ca. zwei stunden später wurde ich wieder gerufen. diesmal saß der anstaltsleiter am schreibtisch. er eröffnete mir ein diszi, daß ich also überhaupt keinen einkauf für nen monat hätte. als politische gefangene würde ich nicht geführt.
Mittwoch, 12.11: während der essensausgabe bin ich kurz zu barbara's zelle geflitzt. stand da vielleicht ne minute. nachmittags werde ich zum anwalt geführt. dazu holen mich zwei wachteln an der zellentür ab. die iene, die mich durchsucht, ist schon fast gewalttätig mir gegenüber. beide begleiten mich. als ich wieder hochkomme, postiert sich ne wachtel mit zwei schließern an meiner zellentür. die zelle ist vollkommen gefilzt, zwei wolldecken wurden mir geklaut.
ich habe unwahrscheinlichen haß geschoben.. ich mußte es auch loswerden und bin beim essenverteilen an der wachtel vorbei und mal wieder zu b's zelle geflitzt. es kamen mir sofort zwei wachteln hinterher. die eine stellte sich mit ausgebreiteten armen vor die zellentür. ich sagte zu barbara:"du, ich hatte ne zellenrevision". da meinte die eine wachtel:"frau meermann, das wissen wir doch". aber in einem ton, als wenn ich mit ihr darüber reden wollte, wie schlimm es hier wäre. das ist ihre momentane art, mich fertigmachen zu wollen. ich ging in die zelle zurück. keinen bock was zu essen, so blieb auch die kanne erstmal draußen. um den haß nicht in mich reinzuziehen, warf ich ne schüssel gegen die tür und trat auch einige male ordentlich zu. beim einschluß wollte ich die kanne wieder haben, die wachtel meint:"welche kanne meinen sie, frau meermann?". die kanne stand seitlich vor der tür. die alte wußte logischerweise, welche ich meinte. das war nur mal wieder ein weiterer versuch von ihr, mir zeigen zu wollen, daß ich nicht ganz dicht sei. ich nahm die kanne und pfefferte sie auf den wagen und meinte:"von dieser kanne rede ich, aber ohne tee." vielleicht ist die reaktion für euch nicht verständlich, aber ich laß nicht auf mir rumtrampeln.
Samstag, 15.11: ich hocke seit ca. drei Wochen (inzwischen sind es zwei monate) 24 stunden jede n tag in diesem loch. zum mittag verteilt die wachtel die zeitungen, essen wird durch die zellentür reingegeben.
seit mittwoch habe ich folgende parole in der zellentür stehen: "isolation ist mord - zusammenlegung sofort."

SPENDENAUFRUF:
Für Betsy wird ziemlich viel Geld gebraucht für Bücher, Zeitschriften, Pakete und insbesondere auch Anwaltskosten. Überweisungen/Einzahlungen an: RA Andreas Beuth
Sonderkonto "Elisabeth"
Haspa
Kto-Nr. 1250/126 826
BLZ 200 505 50





In der letzten Zeit fiel mir im Viertel immer wieder der nebenstehende Aufkleber ins Auge, der auf verschiedenen Autos und Motorrädern klebte Da ich zuerst nicht schlau aus ihm wurde, sprach ich einfach mal jemanden an, der einen solchen Aufkleber an seiner Heckscheibe hatte und bekam so folgende Erklärung:

Bei der "Taller mecanico - Daniel Esquivel" (wörtlich übersetzt: Maschinenwerkstatt) handelt es sich um ein Solidaritätsprojekt im Südosten Nicaraguas, genau er in Nueva Guinea, in dem junge Nicaraguaner/innen zu Landmaschinenmechanikern ausgebildet werden. Benannt ist diese Werkstatt nach dem Companero Daniel Esquivel, mit dem wir in Nicaragua viel zusammengearbeitet haben, der uns zum Freund wurde und der im vergangenen Jahr von der Contra ermordet wurde.

Die Hoffnung, die das freie Nicaragua weltweit darstellt braucht unsere Solidarität - gegen Reagans Versuche, diese Freiheit zu zerstören und gegen den schmutzigen Krieg der US-finanzierten "Contra".

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Verbesserung der Landwirtschaft, hier liegt die Basis und die Zukunft für die Wirtschaft Nicaraguas. Die Kooperativen des Landes, wie in der Region Nueva Guinea, treiben ihre eigenständige Entwicklung voran - auch gegen die alltägliche Bedrohung durch die Contra.

Durch den Aufbau einer Werkstatt für Landmaschinen wollen wir einen konkreten Beitrag zu ihrer Unterstützung leisten.

Aus der Solidaritätsbewegung der BRD werden die Kooperativen bereits seit März 84 unterstützt, in dem freiwillige Arbeitsbrigaden in den Dörfern Talolinga, St. Martin und Jacinto Vaca Häuser bauten für Kooperativmitglieder und Flüchtlinge, die in die Kooperativen integriert werden.
Aus dem Miterleben der Probleme entstand auch die Idee für das Werkstattprojekt. Denn: eine Hauptschwierigkeit beim Aufbau der Kooperativen besteht im Mangel an funktionsfähigen technischen Hilfsmitteln. Die wichtigsten oft einfachen Geräte wie Bewässerungspumpen, Traktoren, Motorsägen usw. können oft nicht repariert werden. Es mangelt an Fachkräften, Ersatzteile fehlen (US-Wirtschaftsboykott, Devisenmangel) und wegen der schlechten Straßen können kaputte Maschinen oft nicht zur Reparatur gebracht werden.



In Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und der Kleinbauerngewerkschaft wurde im Januar 85 mit dem Bau eines Werkstattgebäudes aus Holz, Zement und Wellblech in Nueva Guinea begonnen. Finanziert wurde das alles aus Spendengeldern, die zuvor hier in der BRD gesammelt worden waren, ebenso wie ein halbes Jahr später der alte Hanomag, der mitsamt einer kompletten Werkstattgrundausrüstung nach Nicaragua verschifft wurde.

Die Werkstatt ist inzwischdank der breiten Unterstützung fertig und seit Anfang 1986 können die Traktoren und landwirtschaftlichen Geräte der umliegenden Koops repariert und v.a. 7 Lehrlinge ausgebildet werden.

Denn unser Ziel ist es, daß sich die Werkstatt möglichst bald sowohl materiell als auch personell selbst trägt. D.h. daß zwar noch ein bis zwei Jahre die Ausbildung von Internationalisten übernommen werden muß (z.Zt. arbeiten zwei deutsche Landmaschinen- bzw. LKW-Schlosser und ein argentinischer KFZ-Mechaniker im Projekt) aber auch, daß wir daraufhinarbeiten, daß die Lehrlinge danach die Werkstatt als Kollektiv selbstständig übernehmen können.



Wie sehr die Arbeit im Projekt allerdings wie das gesamte Leben in Nicaragua durch die ständigen Angriffe der US-Söldner eingeschränkt ist zeigt der folgende Ausschnitt aus dem Brief unseres Ausbilders Wilm:

"Nicht nur im Norden nehmen die Terroranschläge der Contra zu. Auch die Situa um Guinea herum ist gekennzeichnet von Überfällen und Hinterhalten. Das Dorf Nispero, 8 km nördlich von Nueva Guinea wurde angegriffen, 7 Zivilisten ge tötet und 8 verletzt. Auf der Straße nach Verdun, 2 km südlich von Guinea geriet ein LKW in einen Hinterhalt, zwei Compas wurden getötet. Nachts wurden am Ortsausgang Richtung Blanca Sandino 2 Milizionäre ermordet, die von der Beerdigung eines Compas kamen.
Die Kooperativmitglieder aus Talolinga gerieten mit dem Traktor der Werkstatt in einen Hinterhalt von 25 Contras Die Contra setzte schwere Maschinengewehre und Handgranaten ein. Nur durch ein Wunder konnten die Compas diesen Angriff zurückschlagen und nur einer wurde leicht verletzt. Der Traktor konnte sehr schnell durch die Werkstatt und die Hilfe von einigen Brigadisten aus Jacinto Vaca repariert werden. Reifen, Kühler und Scheiben mußten erneuert werden.



Durch den Abzug der Brigadisten aus den Kriegsgebieten ist auch für uns eine neue Situation eingetreten. Wir dürfen Nueva Guinea nicht mehr verlassen. D.h. wir können nicht mehr auf die Kooperativen fahren, um Maschinen zu reparieren. Die Fahrten nach Managua können nur noch ca. einmal im Monat gemacht werden und wir müssen uns einem gesichertem Konvoi anschließen.
Wir sind trotzdem froh, hier noch arbeiten zu können und hoffen, daß sich im Frühjahr die militärische Lage verbessert, damit wieder Brigadisten nach Guinea kommen können und beim Bau des zweiten Gebäudes helfen."

Briefe, wie diese zeigen uns immer wieder, wie wichtig die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua hier in der BRD nach wie vor ist. Für uns als Unterstützergruppe des Werkstattprojekts "Daniel Esquivel" heißt das Öffentlichkeitsarbeit und Spenden sammeln, Werkzeuge und Maschinen besorgen, nach qualifizierten Ausbildern suchen und über den Terror der US-finanzierten Contrabanden und deren Komplizen hier zu informieren.

NO PASARAN !!

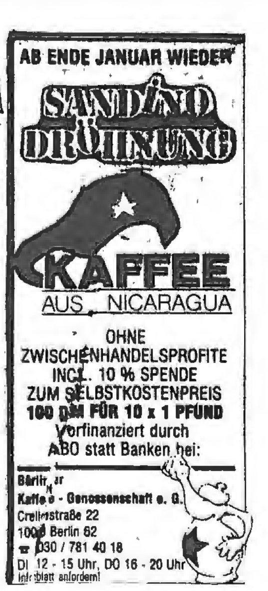
Spendenkonto: Karen Thun
Berliner Volksbank
Blz.: 100 900 00
Ktonr.: 120 221 74
-Werkstatt Nueva Guinea-

Kontakt für HH: Andreas
Tel.:439 59 71

Wo liegt Nicaragua

Es liegt überall,
wo die Vereinigten Staaten
Geheimdienstleute einschleusen zur Verteidigung der Freiheit der freien Welt.
Und weil Nicaragua überall ist
darum muß man endlich überall etwas von Nicaragua
wissen, daß es in aller Welt
um Nicaragua geht und daß es in Nicaragua um alle Welt geht!

Erich Fried



Menschenverachtung bekämpfen – auf allen Ebenen –

Am 22.4.86 stürzte sich der Ghanaer G. Dapaah aus dem 2. Stock des Biberhauses, um seiner Abschiebung zu entgehen. Auf der folgenden Spontandemo wurden wir beide festgenommen. Am 4.12.86 war unser Prozeß. Vorwürfe: Körperverletzung, Gefangenenbefreiung, versuchte Gefangenenbefreiung, Widerstand, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Die Verhandlung war kurzfristig in den Staatsschutzsaal verlegt worden, was wir ersteinmal ganz derbe fanden. Unsere Stärke war dann, daß ganz viele Leute gekommen waren und wir mit drei Anwälten auftreten konnten. Wir konnten erreichen, daß wir in den Saal 297 umzogen. Durch ihre jetzige Unsicherheit konnten Richter und Staatsanwalt dem Umstand nichts entgegen setzen, daß ca. 80 Leute im Verhandlungssaal waren, da die Situation eindeutig eskaliert wäre. In dieser Stimmung konnten wir ungestört unsere Erklärung abgeben.
Nach der Vernehmung der ersten beiden Zeugen (von 7) wurde schnell klar, daß die Anklagepunkte z.T. nicht haltbar waren. Um den ganzen Prozeß nicht zur Farce werden zu lassen, zog sich der Richter auf die Anklage wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht zurück und stellte das Verfahren gegen je 200 Mark Strafe ein.
Durch die pathetischen Schlußworte von Staatsanwalt und Richter haben wir, und wohl auch die Zuschauer, uns einlullen lassen. Wir gaben ersteinmal unserer Erleichterung Ausdruck, was sich fast wie eine Danksagung an den Richter anhörte. Das war so nicht gemeint !!!
Wir hatten kurz aus den Augen verloren, um was es in diesem Prozeß ging und was wir auch schon in der Erklärung gesagt hatten. Das war ein klarer Fehler und so haben wir und auch die Zuschauer, nicht noch einmal der Stärke Ausdruck verliehen, die eigentlich den ganzen Prozeß über da war.

Prozeßerklärung

Als uns die Anklageschriften in Haus flatterten und wir uns konkret mit dem Prozeß bzw. mit unserem Prozeßverhalten auseinandersetzten, entschlossen wir uns dazu, eine Erklärung abzugeben. Es wurden für uns zwei Sachen ganz deutlich:
Erstens: die Art und die Intensität der Ermittlungen liefen eindeutig in Richtung Landfriedensbruch. Auch wenn wir die staatlichen Kategorien von Recht und Unrecht nicht anerkennen und es für uns also keine Schuld oder Unschuld in diesem Sinne gibt, wird klar, daß es ihnen darum auch gar nicht geht. Es geht darum, uns zu kriminalisieren. Das heißt, Leute, die sich als Teil des Widerstandes begreifen, mit einem Mittel der Herrschenden, nämlich der Justiz, zu bestrafen und fertigzumachen. Dies heißt wiederum, daß dieser Prozeß ein politischer Prozeß gegen uns ist und wir uns deshalb politisch und nicht nur juristisch dazu verhalten.
Zweitens: Als sich Kemal Altun im August 83 aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts in Berlin stürzte, weil er darin wahrscheinlich den einzigen selbstbestimmten Ausweg sah, seiner Auslieferung an das faschistische Mörderegime in der Türkei zu entgehen, war bei uns beiden erstmal nur Empörung da.
Wir dachten: die Schweine treiben Menschen in den Tod. Das wußten wir auch vorher schon, aber an solchen Verzweiflungstaten Einzelner wird die Menschenverachtung dieses Systems immer wieder besonders deutlich - Empörung, Trauer, Wut.
Die gleiche Reaktion auf die Verbrennung von Asylbewerbern im Abschiebeknast von Berlin, Sylvester 84/85 und auch, als wir auf die Spontandemo am 22.4. gingen.
Als wir dann unsere Anklagen erhielten, gab das den Antrieb, uns näher mit dem Asylrecht, der Abschiebepraxis, der eigentlichen Einheit von politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen, der staatlich geschürten Ausländerhetze auseinanderzusetzen. Wir stellten dabei fest, daß diese Schweinereien Methode haben und daß sie nicht losgelöst voneinander gesehen werden können, sondern eine ganz klare politische Dimension haben.
In diesem Rahmen wird auch das Verhalten der Bullen deutlich, wenn Asylbewerber anfangen, ihre Rechte einzuklagen und politisch zu arbeiten:

- so z.B. auf der Spontandemo wegen Gabriel Dapaah am 22.4.86, in deren Zusammenhang wir ja angeklagt sind;
- so auch auf der angemeldeten Demo am Freitag darauf, als die Bullen unbegründet die Abschlußkundgebung auseinanderknüppelten und fünf Leute festnahmen, denen auch demnächst der Prozeß gemacht werden soll;
- so bei der Aktion in der Innenbehörde am 22.10.86, als dem Innensenator Pawelczyk eine Petition zum Hungerstreik von AsylbewerbernInnen übergeben werden sollte. Auf persönlichen Befehl von Pawelczyk wurde die Innenbehörde brutal geräumt, acht Menschen festgenommen;
- so in der Wahlnacht am 9.11.86, als der Sprecher der Hungerstreikenden nach einem belanglosen Zwischenfall im 'Ratsweinkeller' festgenommen, auf die Revierwache 12 gebracht und dort schwer mißhandelt wurde, daß er im Krankenhaus behandelt werden mußte.

Für uns ist daran ganz deutlich geworden, daß die Herrschenden einerseits die hier eintreffenden Flüchtlingsströme durch die Verschärfung ihres Asylrechts versuchen in den Griff zu kriegen, andererseits ganz gezielt gegen die politische Arbeit von ausländischen GenossInnen mit Repressionsmaßnahmen vorgegangen wird. Das Zustandekommen von deutschen und ausländischen GenossInnen ist ihnen ein besonders großer Dorn im Auge.
In diesem Zusammenhang verstehen wir auch den Prozeß, der und hier gemacht werden soll und darum wollen wir, soweit uns das möglich ist, etwas zum Asylrecht und dessen Handhabung hier sagen.
Die Politik des transnationalen Kapitals hat weltweite Verarmung hervorgerufen. Um immer größere Profite aus den Ländern der sogenannten III. Welt abschöpfen zu können, hat das Kapital die Menschen und das Land dort seinen Verwertungsbedingungen angepaßt. Das heißt, die Menschen dort wurden und werden in Hunger, Armut und Elend gehalten um den Profitinteressen der herrschenden Klasse gefügig zu sein. Das heißt, das Land, mit intakter, gewachsener, ökologischer Landwirtschaft wurde nach und nach in riesige Monokulturen umgewandelt, die industriell bearbeitet werden können und den sinnlosen Bedarf der Industrieländer decken, nicht aber mehr den Bedarf der heimischen Bevölkerung. Die Politik des transnationalen Kapitals ist so verantwortlich für die Zerstörung und Verwüstung der Lebensgrundlagen der Menschen in der sogenannten III. Welt und hat sie zu einer verschiebbaren Masse gemacht: ausgeplündert, entwurzelt und entrechtet.
Zur Stützung dieser Politik haben sich die Herrschenden einen gutfunktionierenden Unterdrückungsapparat geschaffen: die Weltbank und den Internationalen Währungsfond. Sie schrecken aber auch nicht vor der Installierung faschistischer Regime zurück, wie die Beispiele Chile 1973 und Türkei 1980 zeigen.

Folge dieser Politik der Menschenverachtung und des Todes ist die Entstehung riesiger, weltweiter Flüchtlingsströme. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Flüchtling auf der Flucht ist, weil er politisch verfolgt wird oder Hunger leidet. Für beide Varianten sind die Machenschaften des Kapitals verantwortlich.
Es ist die Angst der Herrschenden, daß die Armutsbevölkerung der Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Südeuropas dem Weg des Geldes folgt und in den Metropolen ihr Recht auf Leben fordert, das ihnen durch die ausbeuterische Politik in ihren Heimatländern genommen wurde. Es ist ihre Angst, daß allein schon durch die bloße Anwesenheit der Armutsbevölkerung der ausgebeuteten Länder die Widersprüche der imperialistischen Vernichtungspolitik ganz deutlich werden: auf der einen Seite nämlich immer perfektere Ausbeutungsmechanismen, auf der anderen Seite immer größere Verarmung. Eine immer größere Verarmung, die auch in den Metropolen, also auch hier in der BRD, immer breitere Bevölkerungsschichten ergreifen wird. Es ist also auch ihre Angst, daß die Flüchtlinge, die hierher kommen, den Befreiungskampf in ihren Ländern hierher in die Zentren tragen, ihn propagieren und unterstützen. Sie versuchen zu verhindern, daß sich die Unterdrückten aus den drei Kontinenten mit den Unterdrückten aus den Industriestaaten zusammentun und den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufnehmen: den Imperialismus.
In diese Richtung hat wohl auch Generalbundesanwalt Rebmann gedacht, als er im Oktober 86 sagte: "Als Staatsanwalt muß ich befürchten, daß das Asylantenproblem zu einem erheblichen Sicherheitsfaktor der Instabilität der Bundesrepublik wird."

Und so sind auch die jetzigen Maßnahmen gezielt durchdacht, im Sinne der imperialistischen Vernichtungspolitik und zur Aufrechterhaltung der Herrschaftsverhältnisse. Denn es war schon immer so, daß mit der Wandlung der politischen und ökonomischen Verhältnisse, das Asylrecht und das Auslieferungsrecht im Sinne der herrschenden Klasse verändert wurde. Um diese These deutlicher zu machen, wollen wir ein paar Jährchen zurückgehen.
Als die deutsche Wirtschaft Mitte der 50er Jahre billige Arbeitskräfte brauchte, wurden im Ausland, vor allem Italien, Jugoslawien, Portugal und Spanien ArbeiterInnen angeworben, um sie in der aufstrebenden Auto- und Chemieindustrie einzusetzen. Ihre Arbeitsbedingungen waren charakterisiert durch Serienproduktion, hohe psychische Belastung, wie Lärm, Schmutz und Hitze, ungüstige Arbeitszeiten sowie niedriges Einkommen. Außerdem hatten die ausländischen ArbeiterInnen kaum Rechte, so daß sie noch schonungsloser als die Deutschen ausgebeutet werden konnten. Seit Ende der 60er Jahre wurden dann hauptsächlich TürkenInnen angeworben, nachdem sich die italienischen ArbeiterInnen, die den Hauptanteil stellten, als nicht zuverlässig genug erwiesen und 1967/68 mehrmals gestreikt hatten. Die türkischen ArbeiterInnen unterlagen noch schärferen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen, da sie nicht zur EG gehörten. Doch auch sie wollten nicht so, wie es die Kapitalisten wünschten. Als 1973 die ersten Mssenentlassungen anfingen, traten viele in den Streik. Bei FORD hielten, unter maßgeblicher Beteiligung von TürkenInnen, die ArbeiterInnen das Werk sechs Tage besetzt, bis die Polizei eingesetzt wurde.



Slum in Manila: Enttäuschung der Armen

1973 kam dann auch die offizielle Änderung in der Ausländerpolitik. Es wurde der Anwerbestopp beschlossen, d.h. ArbeiterInnen aus den nicht EG-Staaten konnten nur noch auf Anforderung der Arbeitsämter und mit Zustimmung der Auslandsbehörde in die BRD kommen. Wenn also ein Betrieb Arbeitskräfte brauchte, wurden zu genau diesem Zweck AusländerInnen angeworben. Ihre Aufenthaltsgenehmigungen waren die ersten fünf Jahre an diesem Betrieb gebunden, d.h. mit der Entlassung endete auch die Aufenthaltsgenehmigung. Diese Regelung diente dazu, daß die ArbeiterInnen nicht aufmuckten und nach "Gebrauch" wieder abgeschoben werden konnten.

Bis 1978 versuchte die BRD zur Imagepflege eine liberale Haltung gegenüber AsylbewerberInnen hervorzuheben. Es war allerdings schon immer so, daß Flüchtlinge aus Ländern, die mit dem NATO-Imperialismus zusammenarbeiteten, bzw. von diesem abhängig waren, wesentlich schlechtere Bedingungen für eine Anerkennung hatten, als Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten. So wurden z.B. Flüchtlinge aus Chile oder Argentinien kaum anerkannt, bzw. bekamen erst gar nicht die Möglich[keit], in die BRD zu kommen. Dies hatte natürlich den Sinn, hier keine zusätzliche linke Oppositio[n] entstehen zu lassen. Die Herrsche[n]den wissen natürlich, daß mit der Flucht ins Ausland nicht die politische Identität abgelegt wird, sondern daß es darum geht, so gut wie möglich den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung im eigenen Land fortzuführen, ein Kampf, der sich zwangsläufig auch gegen die BRD richtet. Das macht deutlich, daß die Asyl- und Flüchtlingspolitik schon immer auch Bestandteil der nationalen und internationalen Aufstandbekämpfung war. Darauf gehen wir später noch genauer ein.

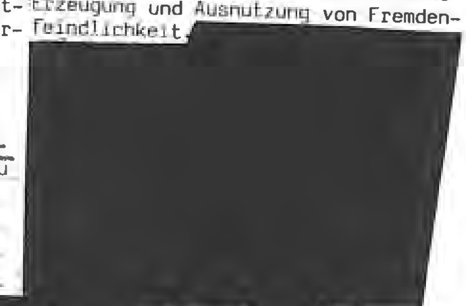
Als dann Ende der 70er Jahre die Flüchtlingsbewegungen einsetzten, reagierten die Herrschenden prompt. 1978 gab es die erste formale Einschränkung des Asylrechts. Die heuchlerische Begründung war, daß das Asylverfahren verkürzt werden sollte, um eine Entlastung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf zu erreichen und um den AsylbewerberInnen eine schnellere Eingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. Der wahre Grund aber war, immer mehr Menschen immer schneller Abschieben zu können. Die bürokratisch vorangetriebene Hetze konnte jetzt so richtig loslegen. Diese formale Einschränkung wurde dann 1980 in Gesetze gegossen.

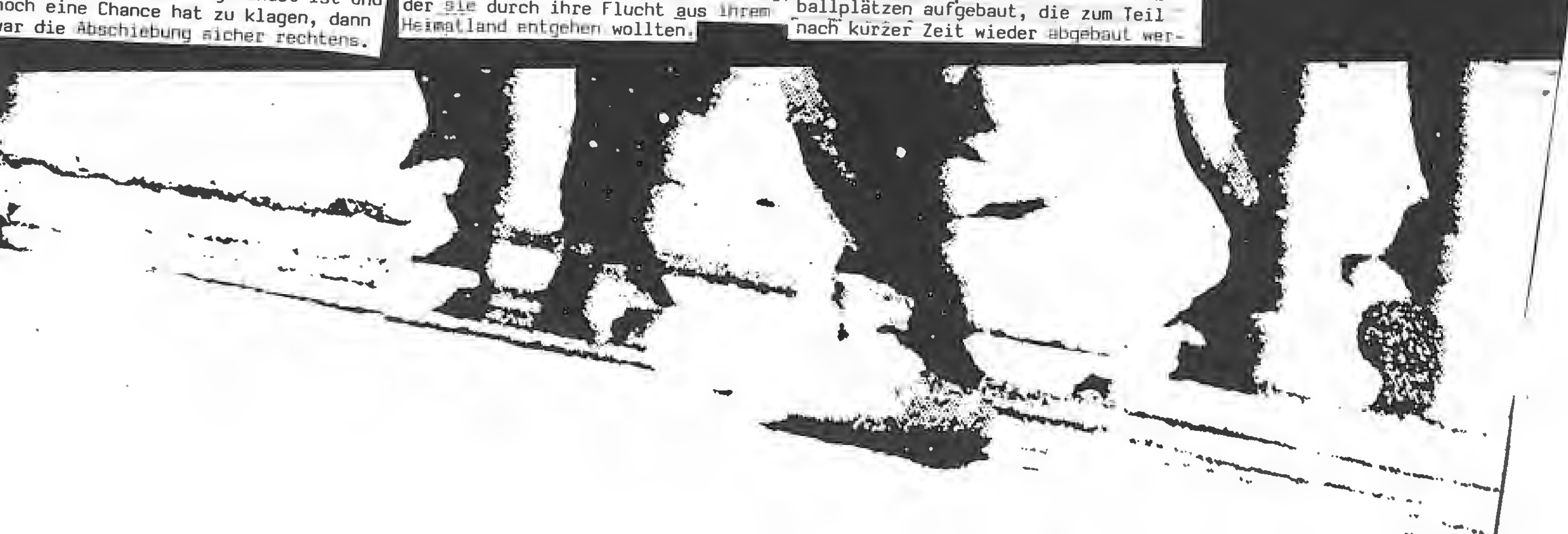
Neben der rechtlichen Beschneidung wurden zwei sehr wesentliche Punkte eingeführt: erstens durften sich die AsylbewerberInnen keine eigene Wohnung mehr suchen, sondern wurden gezwungen in Lagern zu wohnen, zweitens wurde das Arbeitsverbot eingeführt. Flüchtlinge aus Ostblockstaaten durften mindestens ein Jahr nicht arbeiten, Flüchtlinge aus anderen Ländern mindestens zwei. AsylbewerberInnen dürfen außerdem die Stadt, bzw. die Gemeinde, in der sie leben, nicht verlassen, werden aber andererseits von den Behörden von einem Ort zum anderen verschoben, ohne Rücksicht auf soziale Bindungen. Viele Flüchtlinge werden schon gleich an der Grenze abgeschoben und gar nicht in die BRD gelassen.

Im August 1982 wurde dann das Asylverfahrensgesetz verabschiedet. Es werden nur noch Gutscheine für Lebensmittel, Kleidung usw. ausgegeben. Die Lagerhaltung wurde gesetzlich verankert. Außerdem wurde eine schnellere Abschiebepraxis gehandhabt. Wird ein Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, kann eine sofortige Abschiebung erfolgen. Der Asylbewerber kann dann das Widerspruchsverfahren aus seiner Heimat anstreben. Die ganze Menschenverachtung wird deutlich in einem Zitat eines Bonner Beamten: "Wenn der Asylsuchende wieder in seiner Heimat gelandet ist und noch eine Chance hat zu klagen, dann war die Abschiebung sicher rechtens. Wenn er aber nicht mehr klagen kann, weil er im Gefängnis ist oder inzwischen hingerichet wurde, dann war die sofortige Abschiebung sicher ein Fehlurteil." SCHWEINE!!

Die Lebensumstände, in denen AsylbewerberInnen gehalten werden, zermürben sie. Viele werden mit psychosomatischen Störungen in die Krankenhäuser eingeliefert, es kommt immer wieder zu Selbstmorden und Selbstmordversuchen. Für viele Flüchtlinge bedeutet dies nicht zuletzt die Fortführung der Folter und Unterdrückung, der sie durch ihre Flucht aus ihrem Heimatland entgehen wollten.

Ende 84 fing dann die Vorbereitung für eine weitere Verschärfung an. Wieder lief die Hetze nach alter Manier auf Hochtouren. Die Grenze der Belastbarkeit und Aufnahmefähigkeit der Bürger sei erreicht. Es sei eine Änderung des Asylrechts notwendig um uns vor Überfremdung zu schützen. Von Asylantenflut, von Asylantenschwemme ist die Rede. Um das Bild von der angeblichen Asylantenflut deutlicher zu machen, werden Lager in kleinen Gemeinden errichtet, Container aufgestellt oder es werden Zelte auf Fußballplätzen aufgebaut, die zum Teil nach kurzer Zeit wieder abgebaut werden, weil gar kein Bedarf da ist. Diese Zwangsumverteilung angeblicher Asylantenströme zielt bewußt auf eine Erzeugung und Ausnutzung von Fremdenfeindlichkeit.







Sie sollen einen scheinbar zwangsläufigen Pogrom gegen AusländerInnen erzeugen. Dieser sogenannte Druck von unten dient dann wiederum als Legitimation für weitere Verschärfungen. Es wird an die Volksgemeinschaft appeliert, die sich gegen die Überfremdung wehren muß. Es soll verhindert werden, daß es in den Metropolen eine Solidarisierung zwischen den Unterdrückten gibt. Eine Solidarisierung und Einheit gegen denselben Feind, nämlich das Kapital. Es ist klar, daß die Maßnahmen, die jetzt an den AsylbewerberInnen angewendet werden, auch ihre Anwendung auf die verarmten und entrechteten Bevölkerungskreise hier finden werden.

Als 1978 die Hetze gegen die AsylbewerberInnen intensiviert wurde, war klar, daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr aufzuhalten und eine zunehmende Verarmung breiterer Bevölkerungsschichten immer deutlicher wurde.
In diesem Zusammenhang sind die Maßnahmen auch zu verstehen. Und als 1980 das Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen eingeführt wurde, diente dies einmal dazu, den illegalen Arbeitsmarkt zu sichern, da die Flüchtlinge von der wenigen Sozialhilfe nicht leben können und gezwungen sind, für Sklavenhändler zu arbeiten.
Das andere war aber, daß sie erst zu SozialhilfeempfängerInnen gemacht wurden und somit der behördlichen Kontrolle unterlagen. Und wenn ihnen verboten wird, ihre Gemeinde zu verlassen, dann gilt das nicht nur für AsylbewerberInnen, sondern soll auch bei SozialempfängerInnen angewendet werden. Und als 1983 Flüchtlinge zu Zwangsarbeit herangezogen wurden, so wurde diese Maßnahme kurze Zeit später auch für SozialhilfeempfängerInnen eingeführt. Auch die Lagerhaltung, die ebenfalls der besseren Kontrolle gilt, trifft bislang hauptsächlich die AsylbewerberInnen. Somit haben die AsylbewerberInnen die Rolle, Maßnahmen auf ihre Durchsetzbarkeit hin zu prüfen, um sie dann in größerem Maßstab anwenden zu können.

Wir möchten jetzt noch einmal genauer daraufeingehen, daß Maßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts auch immer im Rahmen der nationalen und internationalen Aufstandbekämpfung zu sehen sind. Das zeigt sich daran, daß 1977 mit der Verabschiedung der europäischen Anti-Terror-Konvention das sogenannte politische Delikt zugunsten des 'Europäischen Rechtsraumes' abgeschafft wird. Politisches Delikt und politisches Asyl heißt, daß einem Menschen, der politisch verfolgt wird, auf jeden Fall Asyl gewährt wird. Diese Begriffe sind aber von den bürgerlichen Demokratien geprägt worden, d.h., ihre Anwendung ist auch immer abhängig von der Auslegung durch diese bürgerlichen Demokratien. Und die Auslegung ist immer abhängig von der nationalen und internationalen politischen Situation. Damit wird die Frage nach der Anwendung des politischen Asyls zur reinen Machtfrage. Im Januar 77 wird auf Betreiben der BRD die europäische Anti-Terror-Konvention verabschiedet. Diese Konvention beseitigt das politische Delikt im bürgerlichen Strafrecht der EG, d.h., die fundamentale Unterscheidung zwischen politischem und gewöhnlichem Rechtsbruch wird quasi abgeschafft. Dies erleichtert die Abschiebung und die Auslieferung politischer TäterInnen. Das politische Delikt entfällt, die Befreiungsbewegung in den Dreikontinenten und die Guerilla in den Metropolen werden systematisch entpolitisiert und kriminalisiert. Die Abschaffung des politischen Deliktes ist ein erster Schritt in Richtung 'Europäischer Rechtsraum'.
Das heißt, die Bildung eines einheitlichen, rechtlichen und politischen Raumes in West-Europa, praktische Zusammenarbeit der Polizeien, Staatsschutzbehörden und Geheimdienste, Austausch von Informationen, Personaldaten und technischen Daten, Gleichschaltung und Zurückhaltung der Presse in der Berichterstattung über Aktionen der Guerilla usw. usw.
Dies sind nur einige Stichworte. Die Zusammenarbeit der Geheimdienste wird daran deutlich, daß beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf sich befinden: Dienststellen des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungschutz, sowie ein als 'US-Verbindungsbüro' bezeichnetes Büro, also der CIA. Bemerkenswert ist doch auch, daß kurz vor dem Putsch der faschistischen Militärs in der Türkei 1980 die Visumspflicht eingeführt wurde. Das heißt, daß TürkenInnen, die in die BRD reisen wollten, sich ein Visum in der deutschen Botschaft in Ankara besorgen mußten. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: während noch 1980 58.000 Menschen aus West-Europa und der Türkei in der BRD einen Asylantrag stellten, waren es 1981, nach dem Putsch nur noch ganze 6.300. Klar wird, daß nur ganz wenige Oppositionelle den Militärs in der Türkei entkommen konnten, was sicher auch im Interesse der Herrschenden hier ist und war.

Den Anschlag auf die Berliner Disko 'La Belle' am 4.4.86 nahmen die Herrschenden zum Anlaß, ihre Offensive gegen die Flüchtlinge zu verschärfen. so wurden in Berlin an allen strategisch wichtigen Orten massive AusländerInnenkontrollen durchgeführt, vor allem an der U- bzw. S-Bahnlinie über Friedrichstr. Südländisch wirkende Männer und Frauen wurden aus den Wagen herausgeholt und bis zu ihrer Überprüfung in Gitterkäfige direkt am Bahnhof gesperrt. Die Verschärfung der Kontrollen wurde über das Konstrukt der internationalen Terrorismusbekämpfung begründet. Für viele Menschen wurde an diesem Punkt der Zusammenhang imperialistischer Kriegspolitik nach Außen, sowie Aufstandsbekämpfung nach Innen durch die Gleichzeitigkeit von Flüchtlingskontrollen, Terroristenhatz und dem direkten militärischen Krieg gegen Libyen deutlich.

Wir sehen also, daß hinter all den Maßnahmen, wie der Verschärfung des Ausländer-Asylrechts und der Kriminalisierung von ausländischen und deutschen GenossenInnen hier, ein ganz klares politisches Kalkül steht. Sie wollen verhindern, daß Deutsche und AusländerInnen zusammenarbeiten. Sie wollen verhindern, daß die Kämpfe der neuen Klasse der Armutsbevölkerung der Staaten Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Südeuropas zusammenkommen mit den beginnenden Kämpfen der Armutsbevölkerung hier. Sie wollen verhindern, daß die Armen, Entrechteten, Unterdrückten und Ausgebeuteten gemeinsame Perspektiven für ihren Widerstand entwickeln und sich endlich das nehmen, was ihnen zusteht.

Aber das werden sie nicht verhindern können !
Denn überall, wo Unterdrückung herrscht, gibt es auch Widerstand dagegen.
In Hamburg bekam die Ausländerbehörde mehrmals Besuch von Deutschen und AusländerInnen. In mehreren Bundesländern, wie z.B. in Bremen, wehrte sich erfolgreich gegen die Einführung von Gutscheinen gewehrt. In zahlreichen Lagern protestieren die AsylbewerberInnen gegen die Lagerhaltung und den Kantineneinheitsfraß. Als die Zwangsarbeit eingeführt wurde, konnten die Herrschenden dies auch nicht in Ruhe durchziehen und mußten ihre Maßnahmen z.T. wieder zurücknehmen. Als in Berlin die zahlreichen Kontrollen gegen die AusländerInnen durchgeführt wurden, wurden diese durch Aktionen, wie z.B. massenhaftes U-Bahnfahren mit Erfolg behindert. Und es wurden auch einzelne Institutionen wie die Hamburger Ausländerpolizei, die Lufthansa, das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg, für ihre schweinischen Machenschaften zur Verantwortung gezogen.

Dies sind nur einige Beispiele von Aktionen, die zeigen aber, daß, egal wieviel Mühe sich die Herrschenden geben, den Widerstand zu brechen, sie dies nie schaffen werden !

Literatur aus dem Loch

gesucht wird: der Autor

Im Herbst haben wir auf dem Bauspielplatz ein ca. 2,50 m tiefes Loch gegraben, aus dem mal ein Brunnen werden soll. Es war ganz spannend, auf welche Funde wir da so stiessen. Im Schutt der im Krieg zerstörten Häuser fanden wir ausser Teppich- und Kachelresten u.a. einen überdimensionalen Backenzahn. Unbestrittene Höhepunkte bildeten aber zwei nachträglich ins Loch gelangte Funde: eine tote Ratte und ein Manuskriptbuch eines bisher unbekannten Autors. Langfristig erwies sich das Buch als der interessantere Fund. Nach sorgfältigem Reinigen und Trocknen- immerhin führt unser Brunnen schon Grundwasser-, waren die Manuskripte wieder lesbar, und zwar gut. Sicher sind die diversen Kurzgeschichten nicht gerade der Weltliteratur zuzurechnen, aber es macht Spass,sie zu lesen. In der Absicht, sie einem grösseren Publikum zugänglich zu machen und dabei möglicherweise den Autor ausfindig zu machen, ~~xxx~~ sind wir an das Schanzenleben herangetreten. Im folgenden soll nun die Geschichte "Die Eintagsfliege" abgedruckt werden.

Helmuth

Ein Märchen unserer Wahl

Die Eintagsfliege

In einem kleinen Dorf in Niederbayern lebte bis zur großen Flurbereinigung 1973 ein glückliches Volk von Eintagsfliegen. Es hatte sich auf dem großen Misthaufen des Bürgermeisters angesiedelt, was aus verschiedenen Gründen ziemlich klug war, denn erstens produzierte der Ortsvorsteher mehr Scheiße als irgendjemand sonst im Dorf, zweitens warf er bisweilen Akten und Schriftstücke auf den Mist, so daß die Fliegen immer was zu lesen hatten und sich gleichzeitig über bayrische Kommunalpolitik informieren konnten, und drittens hatte man vom Misthaufen des Bürgermeisters aus einen großartigen Blick auf die Dorfkirche, genauer gesagt auf die Kirchturmsuhr; für Eintagsfliegen, die ja bekanntlich nur vierundzwanzig Stunden zu leben haben, ist Zeit natürlich ein überaus wichtiger Faktor.
Wenn zum Beispiel die eine Fliege zur anderen sagte: Laß uns essen gehen,da drüben liegt ein Stück Rindermagen, das kann man fast schon schlürfen, so verrottet ist es", dann konnte die angesprochene Fliege schnell einen Blick zur Uhr werfen und dann - wieder nur zum Beispiel - sagen: "Lohnt nicht, ich sterbe in zwanzig Sekunden. Will lieber noch schnell die Art erhalten." 'Die Art erhalten'bedeutet natürlich Geschlechtsverkehr, eine der Lieblingsbeschäftigungen dieses Fliegenstammes.
Fressen, Spielen, Bumsen und das Lesen von Dokumenten, wie der "3. Änderungsverordnung zum Abfallbeseitigungsgesetz" (AbfBesG), darin bestand ihr kurzes, aber man kann sagen: inhaltsreiches Leben.
Das Schlagen der Kirchturmsuhr jagte ihnen keine Angst ein, denn sie hatten vor dem Tod für zahlreiche Nachkommen gesorgt, jede Fliege besprungen, die sich bespringen ließ, so daß die Fliegenfamilien der Grubers, (die einer Jauchegrube bei Würzburg entstammte), der Sumsens oder von Schmeiß schon nicht aussterben würde.
In diese Idylle hinein wurde eines Tages um 11 Uhr 16 die Eintagsfliege Alfred Gruber geboren. Kaum, daß Alfred aus dem Ei geschlüpft war, merkte man schon deutlich: Alfred war anders.
Während die anderen Tierchen ein tiefschwarzes, bei Sonne in allen Regenbogenfarben schillerndes Äußeres aufwiesen, sah Alfred grau-braun und irgendwie unansehnlich aus.
Während die anderen Neugeborenen sofort nach dem Schlüpfen ihre Flügel entfalteten und kichernd und schwatzend über den ganzen Misthaufen ausschwärmten, schnüffelte Alfred mißmutig in der Gegend herum, gab einen kurzen Nörgelton von sich und steuerte zielbewußt auf eine CDU-Flugblattsammlung zu, die der Bürgermeister weggeworfen hatte, weil - wie er fand mit 'Theorien aus Bonn' keine bayrische Kommunalwahl zu gewinnen war. Ein Flugblatt hieß 'Politik und christliche Grundwerte' und Alfred begann, sogleich eifrig zu lesen.
Man muß sich das vorstellen: Die zarte Seele einer kaum zwei Minuten alten Fliege wird bombadiert mit christlicher Ethik, mit Grundsätzen zum Verhältnis von individueller Marktwirtschaft, mit Thesen zu Unternehmerinitiative und Staatsräson, Rentensicherheit und Verteidigungsbereitschaft, Mutter-, Verfassungs- und Naturschutz. Das muß zuviel für Alfred gewesen sein. Seine kindliche Seele nahm Schaden.
Und das wirkte sich sofort aus. Er vergaß alles um sich herum. Statt die Art zu erhalten, dachte der über die drohende Gefahr des Kommunismus nach, er ignorierte die ihn umschwirrenden, liebesbereiten Fliegenmädchen und bejahte statdessen die Beschaffung neuer Kampfpanzer zur Verteidigung des freien Westens.
Rastlos flog er zum nächsten Flugblatt, worin leider das Thema Bundeswehr, Nato usw. noch vertieft wurde. Unter anderem wurde vorgeschlagen, das Mindestalter für den Wehrdienst auf fünfzehn Jahre zu senken. Das traf ihn hart. Fünfzehn Jahre ! Genau 14 Jahre und 364 Tage zuviel für ihn. Er hatte sich schon an der Spitze eines Kampfgeschwaders die Ostgrenze überfliegen sehen, war im Geiste schon in heftige Luftgefechte mit sowjetischen Mig 23 verwickelt gewesen. Und jetzt das !
Wer würde den heimischen Misthaufen gegen den Sturm aus dem Osten verteidigen ? Etwa diese gedankenund verantwortungslosen Mitfliegen, die lärmend und nichts Böses ahnend in den Tag hineinlebten? Wer würde verhindern, daß dieser friedliche, niederbayrische Bauernhof zur seelenlosen, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft umfunktioniert wurde? Ein kühner Gedanke formte sich in seinem Kopf:
Er, Alfred Gruber, würde es tun. Irgendwie mußte er es schaffen, 15 Jahre alt zu werden, in die Luftwaffe einzutreten, vielleicht Oberst (warum nicht General) zu werden.
Oberst Gruber, das klang gut. Aber wie ?
Nun, darauf hatte ihm schon die Flugschrift 'Politik und christliche Grundsätze' eine Antwort gegeben: Durch die Kraft des Glaubens.
Und sogleich begann er zu beten:
"Freiheitlich-demokratische Grundordnung", murmelte er inbrünstig, "Freiheitlich-demokratische Grundordnung, FDGO,FDGO ..."
Um verstehen zu können, was weiter geschah, müssen wir für ein paar Momente Alfreds Misthaufen verlassen und uns kurz ein paar angeblich höheren Wesen und Werten zuwenden.
Das Schicksal wollte es nämlich, daß der Küster unseres niederbayrischen Dorfes an eben diesem Tage die Kirchturmuhr inspizieren und überholen sollte, und da er ein ziemlich pflichtbewußter Mann war, setzte er sie gleich nach dem Mittagessen außer Betrieb und wollte soeben die steile Treppe zur Turmspitze hinaufsteigen, als aus dem Halbdunkel der Orgelempore ein leises Rufen ertönte: "Schorschi, kumm auf. I bin hier droben!"
Das war keineswegs die heilige Jungfrau, die ihn da lockte, weder das eine noch das andere. Purer Sex klang aus dem gehauchten Niederbayrisch.
Wieder hörte er es rufen: "Kumm aufi, Schorschi. Der Herr Pfarrer is ausganga. Mir ham die ganze Kirch für uns."
Zweifellos war das die Lederer-Zenzi, die die Haushälterin des Pfarrers. Der Küster hatte schon was mit ihr, so manche alpine Nacht hatten er und die Zenzi Spaß miteinander gehabt. Und jetzt schon am hellen Mittag !
Pflichtgefühl und Libido fochten einen kurzen heftigen Kampf in Schorschis Kopf und Körper aus. Das Pflichtgefühl verlor. Mit einem brünstigen "Teifi,Teifi" kletterte er zur Orgel-Empore hinauf, wo die Zenzi ihn bereits keuchend erwartete. Der Küster knöpfte die Krachledernen auf, und ab ging die Post.
Während die Kirchturmuhr stehenblieb.
Während auf dem Misthaufen: - Alfred immer noch betete und sich mittlerweile in religiöser Ekstase befand.
- Der Rest des Fliegenvolkes immer unruhiger wurde. Denn die zeiger der großen Uhr bewegten sich nicht. Was war los ? Hatte die Zeit aufgehört zu existieren ? Woher sollte man jetzt wissen, wie lange es noch dauerte bis zum seligen Absterben? Konnte man sich noch an dieser leckeren Käserinde erfreuen, oder war es schon Zeit, schnell ein paar Hundert Nachkommen zu zeugen ?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Gregor Gruber, beispielsweise, ein entfernter Vetter Alfreds, sollte Punkt 14.00 Uhr sterben und wartete sehnsüchtig auf den Glockenschlag, mit dem er ins Fliegenparadies einzugehen gedachte.
Nichts !

Keine Glocke, kein klingendes Bim-Bam-Bim, völlig verbittert, mit einem Fluch auf den Lippen starb Gregor, ohne zu wissen, ob es wirklich schon zwei Uhr nachmittags war.
Ein nervöses Gebrumm tönte über dem ganzen Misthaufen, eine gespannte Atmoshäre breitete sich aus, die selbst Alfred aus seinen Träumen von Unsterblichkeit und Fliegenglück aufschreckte. "Die uhr steht, die Uhr steht", murmelte es überall und Alfred schlug die Augen auf.
Tatsächlich.
"Es ist wahr geworden", dachte er freudig verwirrt. Beim heiligen Kanzler, es hatte gewirkt !
Er dachte nämlich, daß er die uhr, nein, die Zeit durch die Kraft des Gebetes angehalten hatte. Nun konnte ihn nichts mehr daran hindern, 15 Jahre alt zu werden, in die Bundeswehr einzutreten, Oberst oder sogar General zu werden, und als Kommodore eines Kampffliegergeschwaders dem Kommunismus Einhalt zu gebieten.
Nachdem Minute um Minute vergangen waren, ohne daß die kirchturmuhr ein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, breitete sich im Fliegenvolk die offene Panik aus.
Alle Lebensfreude war wie weggeblasen, niemand dachte mehr daran, die Art zu erhalten, zu fressen oder zu spielen, sensiblere Fliegen brachen unter Weinkrämpfen zusammen, viele starben am Nervenschock, lange vor Ablauf ihrer 24 Stunden, was die Konfusion natürlich noch erheblich steigerte.
Allgemeine Verzweiflunq !

Nur Alfred rieb sich triumphierend die Vorderfüße. Und wartete ab. Nur die Ruhe, sagte er sich, du hast Zeit. Es ist eine schwierige Aufgabe, aus diesem unordentlichen Fliegenhaufen zu aufrechte Bundesbürger machen, nichts darf überstürzt werden.
Und wie groß würde die Überraschung erst sein, wenn er ihnen erst kurz vor dem vermeintlichen Ablauf seiner Frist die frohe Botschaft bringen würde ? Um danach, als ob es gar nichts wäre, einfach weiterzuleben!
Also Geduld !
Natürlich vergeudete er keine Zeit, sondern ging sogleich daran, eine großartige Rede auszuarbeiten. Emsig summte er von Flugblatt zu Flugblatt, sammelte imposant klingende Worte, wie "Verantwortung vor Gott und den Menschen", "unerträgliches Anspruchsdenken", "sozial-liberale Katastrophe" und dergleichen mehr.
Stunden später !
Längst hatten Tumulte und Chaos völlig die Oberhand auf dem Misthaufen gewonnen.
Jetzt - endlich ! - schwebte Alfred zum höchsten Gipfel seiner dampfenden Heimat empor und sprach mit Donnerstimme:
"Ich bitte um Ruhe! Es besteht kein Grund zur Panik. Die sozial-liberale Katastrophe hat ein Ende!"
Das Fliegenvolk horchte auf.
War der Bursche da oben einer von ihnen ? Er sah so anders aus. Und sprach auch ganz merkwürdig. "Ruhe", brüllte Alfred immer wieder, "Ruhe, liebe Mitbrüger!" Bis es so still geworden war, daß er loslegen konnte.
"Ihr habt", schrie Alfred, "ohne es zu wissen in großer Gefahr geschwebt. Der Ausverkauf unserer christlichen, abendländischen Grundwerte stand auf dem Spiel und ihr habt es nicht einmal gemerkt!"

Kein schlechter Anfang, oder? Dann wurde er ein bißchen schwächer, er hatte schlißelich keine Erfahrung im Halten von Reden, nach zehn Sätzen begann er abzuschweifen. In die Familienpolitik:
"... darum bin ich für die Erhöhung des Kindergeldes meine Damen und Herren ...", gab einen kurzen Abriß seiner finanzpolitischen Vorhaben, "... müssen wir das soziale Netz ... blablabla erheblich straffen blablabla", und kam schließlich auf sein Lieblingsthema, die Verteidigungspolitik:
"...Ich sage: Panzer, Panzer,Panzer!"
Kein gutes Haar ließ er an Russen, Polen, Ost-und Mitteldeutschen, hoch lobte er das westliche Bündnis, "... Hort der Freiheit, blablabla... stehen wir fest zu unseren Freunden in der freien Welt..."
Keine Fliege verstand auch nur ein Wort von dem, was Alfred da schwafelte, aber irgendwie klang es gut, ab und zu erwähnte er auch, daß eine neue Zeit anbrechen werde, und das konnte doch nur heißen, daß er die Kirchturmuhr wieder in Gang setzen würde. Das war doch die Hauptsache.
"...werde ich euch schützen vor der Gefahr ...blablabla... kein Gramm Mist darf preisgegeben werden... blablabla ...wenn ihr das wollt, dann ruft mir zu: Heil Alfred!"
Und die Menge rief : Heil Alfred!

In diesem Moment verstarb er.

Bauspielplatz Bartelsstraße

Ich hatte es schon fast vergessen, vor ca. 1 Jahr habe ich und 100 andere Leute aus dem Schanzenviertel Einspruch gegen den Bebauungsplan Eimsbüttel 32 erhoben. Konkret geht es um die inzwischen von SPD und CDU in der Bezirksversammlung Eimsbüttel durchgesetzte Halbierung der Fläche des Bauspielplatzes in der Bartelsstraße.
Kurz vor Weinachten kam jetzt das Antwortschreiben von der Stadtplanungsabteilung des Bauamtes des Bezirkes Eimsbüttel (uff).
Insgesamt wird in diesem Bescheid auf 7 Seiten zu insgesamt 6 Bedenken Stellung genommen und ein sogenanntes Abwägungsergebnis vorgetragen. Einige Stellen will ich hier mal zitieren, um einen kleinen Einblick in die Argumente der Stadtplaner zu geben und auch um deren "bürgernahe Sprache" mal kennenzulernen.

Zum wichtigsten Punkt, gegen den die Mitarbeiter vom Bauspielplatz und viele Initiativen und Einzelpersonen aus dem Viertel "Sturm gelaufen" sind, wird folgendes geschrieben:
(Zitat,vollständig)
1.Bedenken gegen die Verkleinerung der Bauspielplatzfläche.

Die Einwendungen richten sich gegen eine Verkleinerung der derzeit genutzten Bauspielplatzfläche von ca. 3.800 qm. Die gegebenen Spielmögflichkeiten (Hütten bauen, Umgang mit Feuer und Wasser,Nutzpflanzen ziehen, Kleintiere halten u.ä.) seien für Kinder von großer Bedeutung und dürften nicht eingeschränkt werden. In einem Stadterneuerungsgebiet, wie dem Schanzenviertel, mit seinen vielfältigen sozialen und baulichen Problemen - hoher Ausländeranteil, kinderreiche Familien, unbeaufsichtigte Kinder, Jugendarbeitslosigkeit, Drogenkonsum,geringe öffentliche/private Grün-und Freiflächen -

sei ein Bauspielplatz (BSP) mit einer Richtgröße von mindestens 4.000qm erforderlich. Bei einer geringeren Flächengröße sei der BSP-Betrieb gefährdet oder unmöglich. Für die Verschlechterung der Spielplatzsituation werde keine ausreichende Begründung gegeben.
<u>Abwägungsergebnis:</u>
Das gleichzeitige verfolgen von 3 Zielen, nämlich
-Sicherung des Bauspielplatzes
-Festlegung eines Sporthallenstandortes und
-Verlagerung von Gewerbetrieben bei einem vorhandenen Flächenmangel im Plangebiet sowie im Schanzenviertel generell, läßt eine Beibehaltung der derzeit vom BSP genutzten Flächengröße nicht zu. Insofern ist durch die Planung eine Abweichung von der idealtypischen Richtgröße eines BSP vertretbar. Der betreibende Verein lehnt nach wie vor einen anderen Standort für den Bauspielplatz ausdrücklich ab. Die Einstufung der angemessenen Lage zum Einzugsbereich wurde in einer vom Bezirksamt Eimsbüttel durchgeführten Untersuchung alternativer Standorte bestätigt.

Den Bedenken zur Flächengröße wurde teilweise dadurch entsprochen, indem die Bauspielplatzgröße um ca. 500 qm durch Reduzierung des Gewerbegebietes und der Gemeinbedarfsfläche auf nunmehr 2.500 qm erweitert wird.

Da der Bauspielplatz durch Pädagogen betreut und mit einem Spielhaus ausgestattet werden soll, wird auch auf einer reduzierten Fläche von 2.500 qm eine sinnvolle pädagogische Arbeit möglich sein. Der betreibende Bauspielplatzverein hat zwischenzeitlich die Weiterführung seiner Arbeit auch auf verkleinerter Fläche versichert. Für das Spielhaus liegen Baugenehmigung und Finanzierung im Jahr 1987 vor.
In Zusammenhang mit der Sanierung des Gesamtquartiers erfolgt eine Erweiterung der Kinderspielplatzfläche insgesamt durch Ergänzung vorhandener und durch Neuanlage von 3 öffentlichen Kinderspielplätzen.
Eine weitere Verbesserung des Freizeitangebotes speziell für Jugendliche, ergibt sich durch die Einrichtung des Stadtteilkulturzentrums "Leihanstalt" sowie eines Jugendclubs.
Soweit die Stadtplanungsabteilung. Wie ich finde, ein typisch sozialdemokratisches Ergebnis. Sich mit niemandem anlegen, nach allen Seiten offen bleiben, schließlich muß ja auch was für die mittelständischen Unternehmer getan werden (den größten Teil der Fläche bekommt ein Mazda-Händler aus der Weidenallee).
Die Leute auf dem Bauspielplatz scheinen sich mit dem Ergebnis abgefunden zu haben, was ich allerdings etwas unverständlich finde, haben sie doch lange Zeit für mich nachvollziehbar erklärt, daß auf einem halbierten Bauspielplatz keine pädagogisch sinnvolle Arbeit mehr möglich ist. Stimmt das jetzt nicht mehr?
Wär schön, wenn sich die Leute vom Bai mal dazu äußern.
Im Übrigen ist nach Frostende mit dem Anrücken vom Bagger zu rechnen und die Kinder und Jugendlichen werden einen Teil ihrer Häuser fallen sehen.Was sie wohl dazu sagen werden?
Peter

Bundesbahnfläche (ev. später Bahndamm)
Bartelsstraße
geplantes Spielplatzhaus
künftiger Spielschlauch mit Sonnenbergen?
400 qm Rest-Fläche
URBAN
Autohändler
mit Gewerbe
geplante Sporthalle
URBAN
Wohnblock
Schulterblatt
Altonaer Straße

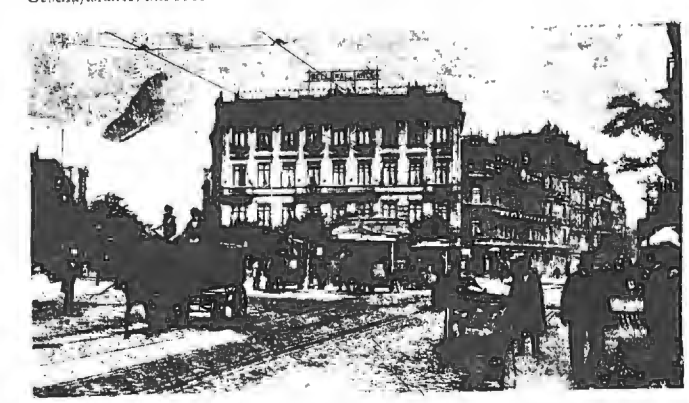
Geschichte des Schanzenviertels und Umgebung

Dreimal derselbe Platz: die Gabelung des Schulterblatts in Eimsbütteler Chaussee und Eimsbütteler Straße. Der Sprung von 186o nach 1897 macht deutlich, wie "plötzlich" das Schanzenviertel auf Äckern und Wiesen entstanden ist. Und die jüngste Aufnahme trieft geradezu vor Symbolgehalt.



186o

Geschäftskarte, um 1860



1897

1986

Bauliche Entwicklung des Viertels, Teil 2

Nach dem Abstecher in die Verkehrs- und Straßen(namen)geschichte soll in dieser Nummer noch mal auf die bauliche Entwicklung des Viertels vor 19oo eingegangen werden. Die städtische Erstbebauung erfolgte bekanntlich in zwei Phasen: nach dem großen Brand Hamburgs entstand im südlichen, zu St. Pauli gehörenden Teil Wohnraum für Brandopfer; in den "Gründerjahren" nach 187o entstand nicht nur der nördliche, Eimsbüttler Teil des Viertels, sondern auch im Südteil wurden viele erst 4o - 5o Jahre alte Häuser abgebrochen und durch neue ersetzt; z.T. um sie größer, höher und damit profitabler zu machen, z.T. auch, weil Straßen verbreitert oder neu angelegt wurden (letzteres besonders im Altonaer Teil; aber auch für die Neuanlage des Westteils der Susannenstraße und der Rosenhofstraße mußten am Schulterblatt und an der Bartelsstraße Häuser abgerissen werden.
Die untenstehende Karte von 1881 zeigt, daß um diese Zeit bereits die Straßenstruktur des Viertels im Wesentlichen fertig war: danach wurden "nur" noch Baulücken geschlossen, Straßenregulierungen durchgeführt (auch im Zusammenhang mit dem Neubau der Verbindungsbahn und der Verlegung von Straßenbahnschienen) und private Sanierungen, d.h. Abriß und Neubau, betrieben. Das heutige "Gesicht" erhielt das Viertel also in den Jahren vor 19oo - soweit es nicht durch kriegs- und sanierungsbedingte Zerstörungen und Neubauten wieder verändert ist.

Ein Begriff vom Wachstum des Viertels in jenen Jahren ließe sich anhand der Einwohnerzahlen bilden. Diese Zahlen sind jedoch nie ermittelt worden, weil "das Viertel" ja in der Grenzregion vierer "Verwaltungseinheiten" zusammengewachsen ist. Die nachstehenden Zahlen des Vororts (seit 1894 Stadtteils) Eimsbüttel können deshalb nur ein vages Bild liefern:

1851	884	Einwohner
1867	3 o32	Einwohner
1876	9 8o2	Einwohner
188o	16 229	Einwohner
1894	5o 521	Einwohner
192o	124 881	Einwohner

Das Sternschanzenviertel war ein Eldorado für Bodenspekulanten und profitgierige Baulöwen (dieser Begriff wurde in jenen Jahren geprägt). Man baute so eng, so hoch und so primitiv es ging; die reichverzierten Fassaden täuschen darüber hinweg, daß hier alles andere als sozialer Wohnungsbau betrieben wurde. Viele Straßen sind noch heute durch die berüchtigte "Schlitzbauweise" geprägt, d.h. daß an den Hausrückfronten, z.T. auch zwischen den Häusern nur schmale Licht- und Luftschächte gelassen wurden. Zimmer und Wohnungen mit ausreichend Sonne sind ein Glücksfall im Viertel, auf manche Fensterbank ist seit hundert Jahren kein Sonnenstrahl gefallen. Auch die im Viertel weit verbreitete Hinterhofbebauung und die "Passagen" sind in dem Bestreben entstanden, möglichst jeden Quadratmeter des Bodens gewinnbringend auszunutzen. Vorgärten, wie sie heute nur noch vereinzelt anzutreffen sind , fielen bald den Straßenverbreiterungen zum Opfer. Ähnlich wie heute die Adolphspassage, die einzige Straße mit fast komplett erhaltenen Vorgartenanlagen, sah z.B. vor 1899 die Neue Rosenstraße (Schanzenstraße) aus; von den höheren Häusern abgesehen.

Zwar gab es eine Reihe von baupolizeilichen Vorschriften, denen es u.a. zu danken ist, daß die Hinterhof- und Passagenhäuser, oder z. B. die in der sehr schmalen Beckstraße, nur zwei oder drei Stockwerke hoch gebaut wurden. (Solche Vorschriften wurden indes z.T. vom Senat selbst außer Kraft gesetzt, so 19o2 mit einem Gesetz zur "Förderung des Baus kleiner Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung".)
Aber wirksame Maßnahmen gegen die Goldgräbermentalität der Baulöwen kamen für das Schanzenviertel und viele andere Stadtteile zu spät. Ein Verbot der Schlitzbauweise wurde erst 1912 verabschiedet. Die letzte Baulücke im Viertel war aber schon 19o7 in der Schanzenstraße geschlossen worden.

Die Bauweise des Schanzenviertels erinnert ein wenig an Potemkinsche Dörfer und erzählt viel vom Herrschenden-Zeitgeist (das ist schon so richtig geschrieben!) der Kaiserzeit.
An den Straßenfronten vorgezeigt werden repräsentative, reich gegliederte und mit Stuck verzierte Fassaden, neben reiner Ornamentik sind auch viele germanisch-heldische Motive zu bewundern, so kraftstrotzende Atlasse, die geduckt und geduldig bis in alle Ewigkeit, oder wenigstens bis zur nächsten Sanierung, ganze Erkersäulen auf ihrem Rücken tragen.
Hinter diesen Straßenfrontfassaden befinden sich auch geräumige Wohnungen mit wohlhabenden Bewohnern; hier leben die Hauseigentümer, die Geschäftsleute, bessergestellte Bürger und verbreiten wie ihre Herbergen eine gediegene Atmosphäre.
In den Hinterhöfen, Passagen und Seitenstraßen jedoch sind die Wohnungen niedrig und klein; ein bißchen armseliger Stuck pappt allenfalls über der Tür, und wozu auch die Zier, die Leute, die hier leben, haben eh keinen Kunstsinn. In diesen versteckten und düsteren Behausungen wurden die Arbeiterfamilien eingepfercht.
Die Tatsache, daß der Senat es 1898 für nötig erachtete, in einem "Wohnungspflegegesetz" (hört ihr den Zynismus?) die Mindestwohnfläche auf vier Quadratmeter pro Person festzusetzen, zeigt überdeutlich, daß es in jenen glorreichen Zeiten keine Ausnahme war, wenn eine 12- und mehrköpfige Großfamilie eine 5o-qm-Wohnung bewohnte.

Planskizze von Eimsbüttel um 1881



Hände weg von den palästinensischen Flüchtlingslagern!

Schluß mit den Massakern am palästinensischen Volk!

Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand!

"Seit Mai 1985 wird gegen die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, als Bastionen des palästinensischen Widerstandes und Keimzellen der palästinensischen Revolution, ein Vernichtungskrieg geführt...
Die gesamte herrschende Medienpolitik versucht mit allen Mitteln, die politischen Hintergründe des Krieges im Libanon zu verschleiern und zuzudecken, den Widerstand als "Selbstmordaktion", "Schießereien" u.a. zu diffamieren, um die Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen und libanesischen Volkes zu verhindern."
Aus diesem Grund drucken wir einen Abschnitt aus dem letzten Flugblatt der Autonomen Nahost-Gruppe Hamburg ab, der die Rolle der Amal-Milizen beschreibt, plus einen Medico-Aufruf.

Amal-Terror im Süden

Schon im ganzen vergangenen Jahr terrorisierten Amal-Kämpfer die Palästinenser in den Flüchtlingslagern Raschidyia, al-Bas, Burg ash Shimali und anderen kleineren Lagern im Süden Libanons. Sie entführten palästinensische Flüchtlinge, Hunderte verschwanden in den Gefängnissen von Amal in Ma'raka, Zita und anderswo. Die Lager wurden mehrfach angegriffen, Häuser, medizinische und soziale Einrichtungen wurden zerstört, ihre Wiederherstellung behindert.

Im Juni '86 wurde das Lager Jal al-Bahr zur Hälfte zerstört, im September gab es immer öfter Angriffe auf Burg ash-Shimali und Raschidyia. Den Palästinensern wurde verboten, Amal-Checkpoints zu passieren, Straßen wurden gesperrt, um die Verbindung zwischen den Camps zu unterbinden.

Gleichzeitig gab es immer wieder Bombenangriffe des israelischen Militärs auf die Lager. Amal-Aktionen wurden zum Teil von israelischen Patrouillenbooten abgesichert.

Der militärische Führer von Amal im Süden, Daoud-Daoud, sagte schon am 14. Mai 1985, daß er alle Palästinenser im Süden erwarte, damit er endlich mit ihnen abrechnen könne. Außerdem ist es ein offenes Geheimnis, daß Daoud-Daoud Kontakte zu den Zionisten hat und der Liquidierungsversuch an den Palästinensern mit ihnen abgesprochen ist.

Die Luftangriffe der Zionisten auf Flüchtlingslager nördlich von Beirut im Sommer 1986 zeigen die beabsichtigte Arbeitsteilung:

- Die faschistischen SLA-Milizen und die Amal sollen im Süden die Palästinenser entwaffnen und unter Kontrolle bringen. Amal spricht auch von einem Heiligen Befreiungskrieg gegen die Palästinenser. Ihr erklärtes Ziel ist die Auslöschung des palästinensischen Volkes.
- Israel verstärkt die Angriffe auf den Norden Libanons.

Die aktuelle Lage zeigt aber, daß Amal alleine dazu nicht in der Lage ist, weder in Beirut noch im Süden. Besonders in der Region um Saida, wo die Palästinenser schon längere Zeit sehr stark sind und gute Verbindungen zu den Libanesen, vor allem zu den sunnitischen, unabhängigen Nasseristen unter der Führung von Mustafa Saad, haben, zeigt sich die politische und militärische Schwäche von Amal. Mit ihrem Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk und ihrer Allianz mit den Zionisten verlieren sie weiter ihre Basis, auch in der libanesisch-schiitischen Bevölkerung.

Am 15. September 1986 wurde in Damaskus zwischen dem Stadtkomitee von Saida, Amal, Rettungsfront (PNSF), LNDF und Syrien ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart. Es enthielt folgende Forderungen:

- Freizügigkeit der Palästinenser
- Recht auf Arbeit
- Keine Folter
- Redefreiheit
- Freilassung aller politischen Gefangenen

und besonders

- das Recht, sich mit allem zu versorgen, was für den Kampf gegen den Zionismus notwendig ist.

Amal hat sich im Gegensatz zur PNSF nie an das Abkommen gehalten. Unmittelbar danach begann Amal mit den Angriffen auf Raschidyia. Auf die mehrfachen Verhandlungsangebote der PNSF ging sie erst nur zum Schein und seit November gar nicht mehr ein. Nachdem sich der Amal-Terror Ende November außerdem auch auf die Lager Ain al-Helweh und Mieh-Mieh ausgeweitet hatte, gingen die palästinensischen Kämpfer in die Offensive und griffen die Amal-Stellungen in dem christlichen Dorf Magdouche (5 km östlich von Saida) an. Von dort sind die Lager und die Verbindungsstraße zwischen Beirut und Tyros kontrollierbar. So konnten Amal-Nachschubwege abgeschnitten werden. Diese Offensive wurde von allen fortschrittlichen palästinensischen Kräften begonnen. Inzwischen gibt es sogar ein vereinigtes Oberkommando aller palästinensischen Kräfte in den Lagern.

Auch jetzt griffen die Zionisten militärisch ein. Am 26. November gab es Luftangriffe auf Mieh-Mieh und Saida und am 3.12. Raketenangriffe von israelischen Schnellbooten auf Saida und Umgebung. Trotzdem konnte die Stellung Maghdouche bisher von den palästinensischen Einheiten gehalten werden.

Aus Rache zerstörte die Amal das Lager Abu al-Assuad vollständig und ermordete einen Großteil der palästinensischen Gefangenen, deren Leichen sie vor die Eingänge der Flüchtlingslager warf.

Nachdem die Amal ihre Ziele in der Region Saida nicht so leicht durchsetzen konnte, verlagerte sie ihre Aktivitäten auf Beirut und verstärkte den Druck auf das Lager Shatila.

Seit 1985 ist die Eroberung Shatilas eines der Hauptziele der Amal. Sie führte seitdem 5–6 größere Angriffe durch, deren längster 45 Tage dauerte, ohne zum Erfolg zu führen. Die Verteidigung des Lagers war seit dem Lagerkrieg im Mai 1985 entscheidend verbessert worden:



- die Ausbildung der Kämpfer, besonders der Jugendlichen, wurde verstärkt;
- Kämpfer und Kommandanten kehrten nach Shatila zurück;
- eine Klinik wurde aufgebaut, in der auch Libanesen behandelt wurden, was das Verhältnis zwischen Palästinensern und der libanesischen Bevölkerung verbesserte;
- verstärkte und verbesserte politische Arbeit der fortschrittlichen Organisationen unter der palästinensischen Lagerbevölkerung.

Während der Kämpfe gelang es den Palästinensern immer wieder, Gebiete um das Lager zu erobern, die jedoch, um den Krieg nicht zu eskalieren, stets zurückgegeben wurden. Im Februar '86 nahmen die Palästinenser hierauf keine Rücksicht mehr, da die getroffenen Abmachungen nie eingehalten wurden. Sie bauten die eroberten Gebiete zu einem Verteidigungsring aus, an dem seit über 14 Tagen die jüngsten Kämpfe stattfinden.

Die Amal greift mit Unterstützung von Einheiten der libanesischen Armee an. Mit schwerer Artillerie und Panzern versuchen sie, Shatila sturmreif zu schießen. Die 2–3000 Menschen in Shatila verteidigen sich erbittert gegen die Angriffe. Bisher konnten sie verhindern, daß Amal das Lager stürmt. Trotzdem spitzt sich die Lage zu. Medikamente, Lebensmittel und Wasser werden knapp. Aus den Shouf-Bergen östlich von Beirut gibt es Entlastungsangriffe von palästinensischen Stellungen gegen die Angreifer. Auch die über 10 000 Palästinenser im Lager Burg al-Baragna sind den Angriffen von Amal ausgesetzt. Burg al-Baragna gilt aber als „uneinnehmbare Festung".

Die Ziele von Amal

Ursprünglich als Selbsthilfeorganisation der ärmsten libanesischen Bevölkerungsschichten – der schiitischen Bauern im Süden – gegründet, ist Amal inzwischen zu einem mächtigen militärischen und politischen Faktor im Libanon geworden. In der Anfangsphase der Aufstellung ihrer Milizen arbeitete Amal mit den Palästinensern zusammen, ließ sich von ihnen ausbilden und bewaffnen. Nach der israelischen Invasion 1982 beteiligte sich die pro-imperialistische Führung um Nabih Berri oft nur widerwillig, vor allem auf Druck ihrer Basis, an dem Kampf gegen die zionistischen Invasoren. Nach dem Teilrückzug der Zionisten und der überstürzten Flucht der imperialistischen Truppen aus dem Libanon sollte die prozionistische, faschistische SLA-Miliz die Bekämpfung der palästinensischen bewaffneten Präsenz im Südlibanon übernehmen. Als sie sich zunehmend als unfähig erwies – sie verfügte im Süden über fast keinen Rückhalt in der Bevölkerung, zumal ihr Charakter als zionistische Söldnertruppe schnell deutlich wurde –, bot sich Amal den Zionisten und Imperialisten als neuer Ordnungsfaktor an. Die konfessionalistische Grundstruktur der Amal-Bewegung kam dabei den zionistischen Plänen einer Spaltung des Libanon sehr entgegen.

In dieser Wandlung vom ehemaligen Verbündeten der fortschrittlichen palästinensischen und libanesischen Organisationen zu einer feindlichen Kraft offenbarten sich die wahren Ziele der Amal-Bewegung:

- Entwaffnung der palästinensischen Revolution, um jeglichen fortschrittlichen palästinensischen Einfluß in Richtung auf eine Demokratisierung des Libanon zu unterbinden,
- Ausdehung der militärischen und politischen Vorherrschaft in Beirut und im Südlibanon auf einer konfessionalistischen Basis mit dem Endziel eines schiitischen Südkantons.

Bei der im zionistischen und imperialistischen Interesse erfolgenden Neuordnung der libanesisch-islamischen Kräftekonstellation hat sich Amal bemüht, von der Schwäche der anderen zu profitieren und Vorteile für sich zu erringen im Rahmen einer konfessionellen Neuordnung (Kantonisierung) des Libanon.

Trotz zahlreicher Verhandlungen, Waffenstillstandsabkommen, immer neuer Bemühungen seitens der fortschrittlichen libanesischen Kräfte und der Palästinenser hat die Amal immer wieder die Waffen sprechen lassen und den Terror gegen die linken libanesischen Kräfte und die Palästinenser fortgesetzt. Ihre Methoden werden immer brutaler und menschenfeindlicher, wie der Versuch, Burg al-Baragna mit Benzin zu übergießen und zu verbrennen, zeigt. Nachweisbar sind Aktivitäten des libanesischen 2. Büros (Geheimdienst) innerhalb der Amal-Bewegung und die Zusammenarbeit mit der zionistischen Besatzungsmacht, ebenso wie der syrischen Regime, das sowohl im eigenen großmachtpolitischen Interesse als auch als Angebot an die imperialistischen Staaten auf die Schwächung aller fortschrittlichen Kräfte im Libanon bedacht ist.

Die jüngsten Kämpfe gegen den bewaffneten palästinensischen Widerstand im Südlibanon und in Beirut zeigen aber, daß auch die Amal – wie alle anderen, die das dreckige Geschäft der Vernichtung des palästinensischen Volkes im Libanon vor ihr auszuführen versuchten – geschwächt aus dem Lagerkrieg hervorgehen wird.

Spendet für das palästinensische Volk im Libanon: Christuskirche Wandsbek, Postgiroamt Hamburg, Kto. 17716-204 (BLZ 200 100 20), Stichwort „Sabra + Shatila"

Literatur dazu: "A'idun" (Reisebericht und Interviews zum palästinensischen Widerstand)
"Al Karamah" (Zeitschrift für die Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten)
Veröffentlichungen der Autonomen Nahost-Gruppe Hamburg,

LIBANON

EIN AUFRUF IN LETZTER MINUTE

SABRA AL BASS SCHATILA RASCHIDIJE BURJ EL SCHEMALI

Zu uns dringen Nachrichten, die ungehört bleiben, und Orte werden genannt, die gar nicht mehr existieren, obwohl es sie gibt:

SCHATILA, Fluchtburg für Palästinenser in Südbeirut, ist ein Areal aus pulverisierten Ruinen und aus Erdlöchern, mit tanzenden und bebenden Bunkerwänden und dreitausendfünfhundert Menschen unter dem Bombardement schwerer Artillerie.

SABRA, AL BASS, SCHATILA, RASCHIDIJE und BURJ EL SCHEMALI: das sind Namen von Lagern für Palästinenser im Libanon. Eingekesselt, niederkartäscht, vom Hunger bedroht, von Angst zerrüttet und von Mut bestärkt.

MERKEN WIR UNS DIESE NAMEN GUT! Sie bezeichnen Orte, die mit all ihrer tödlichen Sicherheit zu Begriffen für unser neuerliches Auslassen und Verdrängen werden. Das wenigstens sollte uns etwas sagen, wenn schon die Nachrichten so wenig bedeuten von den zwanzigtausend Frauen und Kindern, die auf der Flucht dem Inferno der Lager entkommen wollen, von den zwölf Kindern, die letzte Woche in Raschidije am Hunger starben, von den zweitausend verschleppten, gefolterten und getöteten palästinensischen Männern.

Die Eingeschlossenen dieser Lager leiden - ihre Lage ist so grauenhaft und so wenig noch beschreibbar, daß jeder konkrete Hinweis darauf, daß sie nichts mehr zu essen haben und daß die letzten Blutkonserven und Beutel für Infusionslösungen fast aufgebraucht sind, beinahe schon wie eine Verharmlosung wirkt. Die da zu Zehntausenden unter denm Lagerboden Schutz suchen, die das Licht nicht sehen und zu denen die Luft durch Schächte und Mauerritzen dringt, werden verrückt in dieser nichtendenwollenden Belagerung unter Dauerfeuer - aber sie verteidigen auch ihre bare Existenz und ihren gerechten Anspruch auf eine menschliche Zukunft.

Es ist unser Problem, daß wir - bedingt durch die alltägliche Abstraktion des Grauens in der Berichterstattung - das Entsetzliche unmittelbar nicht mehr wahrnehmen können.

TUN WIR ALSO NICHTS FÜR DIE PALÄSTINENSER, sondern handeln wir gegen unsere eigene Versteinerung, um die letzte Spur des Affektes zu verteidigen, der uns noch zu Menschen macht.

Die Namen und Adressen der augenblicklichen Täter sind schnell genannt:

Hafiz el Assad, Präsident der Syrischen Arabischen Republik, Damaskus
Nabih Berri, Ministére du Sud, Beyrouth, Libanon
Yitzhak Schamir, Ministerpräsident, Tel Aviv, Israel

Fordern wir die sofortige Beendigung des Massakers am palästinensischen Volk. Unter Benutzung unserer so reichhaltig entwickelten kommunikativen Möglichkeiten mit Telegrammketten, an denen jeder Freund und jede Freundin beteiligt ist. Mit auffordernden Interventionen bei schweigenden Politikern und Parteien, bei Verbänden und internationalen Organisationen und durch alle möglichen Formen öffentlicher Darstellung der furchtbaren Ereignisse.

WIR DÜRFEN ZU DER UNERHÖRTEN VERNICHTUNG DER PALÄSTINENSISCHEN EXISTENZ NICHT LÄNGER SCHWEIGEN.



medico international — Hanauer Landstraße 147 — 6000 Frankfurt 1

Fordern Sie kostenlos Informationen über den Libanon an, spenden Sie für medizinische Hilfe in den Lagern:
Konto 1800 Stadtsparkasse Ffm. oder Postscheck 6999 - 508 Köln, Stichwort: Libanon

TERMINE KULTUR TERMINE

DUCKENFELD

Medienberatung und Vermittlung
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

So.,	1.2.	21.00 Uhr	SERENADE ZU DRITT
Mo.,	2.2.	21.00 Uhr	(Design for Living), USA 1933 R: Ernst Lubitsch. mit: Frederic March Gary Cooper, Miriam Hopkins
Sa.,	7.2.	21.00 Uhr	SAG IHNEN WILLI BOY IST HIER ehemaliger deutscher Verleihtitel: "BLUTIGE SPUR" (völlig irreführender Titel übrigens)
So.,	8.2.	21.00 Uhr	Regie: Abraham Polonski, USA 1968 (amerikanischer Originaltitel: "TELL THEM WILLI BOY IS HERE"
Mo.,	9.2.	21.00 Uhr	97 Min, Farbe. Die Geschichte von Willi Boy, einem jungen Indianer, der um 1909 in ein Reservat zurückkehrt, in Notwehr den Vater seiner Freundin erschießt, mit dem Mädchen flieht, gejagt und ermordet wird.
Sa.,	14.2.	21.00 Uhr	Wir zeigen in Anwesenheit des Filmemachers
So.,	15.2.	21.00 Uhr	den Dokumentarfilm: "MONA MONA - STEPPING STONES"
Mo.,	16.2.	21.00 Uhr	BRD 1986. Original mit deutschen Untertiteln. 46 Minuten-Dokumentarfilm über die Aborigines, die Ureinwohner von Australien.
Sa.,	21.2.	21.00 Uhr	"BUTCH CASSIDY & SUNDANCA KID"
So.,	22.2.	21.00 Uhr	USA 1968, Regie: George Roy Hill, mit
Mo.,	23.2.	21.00 Uhr	Robert Rot Auto, Paul Neumann
Sa.,	28.2.	21.00 Uhr	HUNGERJAHRE
So.,	1.3.	21.00 Uhr	Regie: Jutta Brückner
Mo.,	2.3.	21.00 Uhr	BRD

LITERATURLABOR

Fr., 6.2.	20.00 Uhr	TEXT[illegible] Es liest wer will. Eigene Texte bitte mitbringen !
Sa., 7.2. Eintritt 3 M	20.00 Uhr	WER LIEST SO SPÄT DURCH NACHT UND WIND ? Daniel Grolle liest aus seinem Buch "Keinen Schritt weiter" und aus neuen Texten
Sa., 14.2. Eintritt 3 M	20.00 Uhr	SCHWARZ AL[illegible] ? - EIN WEISSBUCH Der Dölling & Galitz Verlag stellt sein Buch zur Hamburger Kulturpolitik zur Diskussion und erzählt Schwänke aus dem Verlagsleben.
Sa., 21.2. Eintritt 3 M	20.00 Uhr	ES GEHT NICHT DAHIN, WOHIN MAN WILL ... ... so ein winziges Ding, was nur angeschaut werden kann, sonst nichts. Renate Reismann (Paris) liest unveröffentlichte Erzählungen und ein Stück aus ihrem neuen Roman. Bisherige Veröffentlichungen: "Emigrantinnen" (Trikont), "Ich hab sie auf den und geküßt" (Anthologie/ Gudula Lorez).
Do., 26.2.	20.00 Uhr	LITERATUR UND ALKOHOL Buchkritiken, Gäste, Musik, Kurz-Lesungen, Getränke. Ein unterhaltsamer Abend für literarisch Interessierte.
Sa., 28.2. Eintritt 3 M	20.00 Uhr	[illegible] 8 !! Die Montags - Schreibwerkstatt stellt ihre Texte vor.

Lindenallee 40
Tel. 435926

Brief zu: „Behinderten feindliches Schanzenviertel"

Leserbrief:
Liebe Oshra,
ich habe mich über Deinen Beitrag im letzten "Schanzenleben" (dez.86) geärgert. Klar, das Schanzenviertel ist genauso behindertenfeindlich wie die gesamte Umwelt. Auch wir, mit unserem Projekt "Die Druckerei" in der Schanzenstraße sind es, wenn man/frau es so sieht wie Du. Ich sehe das aber anders.

1. Wir sind nicht für die Bauweise des Gebäudes verantwortlich (Rollstuhlfahrer(innen) können den Spielzeugladen nur über den Hinterhof erreichen, wenn sie nicht über Treppen getragen werden wollen).
Wir sind finanziell nicht in der Lage, entscheidende behindertenfreundliche bauliche Veränderungen vorzunehmen.
Und selbst wenn wir es könnten, würden wir es uns stark überlegen, droht doch unser Gebäude von den Sanierungsbaggern plattgemacht zu werden. Das Schanzenviertel ist Sanierungsgebiet !
Sollen wir nun deswegen den Laden dichtmachen? Es kommt doch darauf an, durchzusetzen, das jetzt behindertenfreundlich um- und neugebaut wird und zwar auf Kosten derjenigen, die die alte Scheiße zu verantworten haben, nämlich der Staat und die Hauseigentümer. Die verhalten sich aber weitgehend weiter behindertenfeindlich wie z.B. beim Umbau des Sternschanzenbahnhofes, wo kein Fahrstuhl für Behinderte eingebaut werden soll.

2. Du sagst behindertenfeindlich und meinst Rollstuhlfahrer(innen). Das ist ja wohl nur eine benachteiligte Gruppe bzw. Minderheit. Was ist mit Blinden, Taubstummen, Kindern, Alten Menschen usw.?
Du kannst doch nicht im Ernst verlangen, daß wir als Projekt für alle wie Du sagst "die selbstverständliche Teilnahme gewährleisten". Das würde für uns als Buchladen z.B. bedeuten, daß wir massenhaft Literatur in Blindenschrift - die es gibt - bereithalten müßten. Das ist unmöglich !

3. Neben meiner Arbeit in der "Druckerei" bin ich auch noch in einer politischen Initiative im Schanzenviertel aktiv. Du tust so, als ob wir als Initiativen uns groß aussuchen können, wo wir tagen. Wir sind selbst eine Minderheit und werden nicht selten wegen unserer Auffassungen vom Staat verfolgt und benachteiligt. Wenn dann einige Ini's sich privat in Wohnungen treffen, um z.B. nicht der politischen Polizei bekannt zu werden, die überall im Viertel rumschnüffelt, ist es schon happig, diesen Ini's Aussonderung gegenüber Behinderten vorzuwerfen. Und das dann, wie DU es tust, auch noch mit Rassismus und dem Nichtstun einer Generation gegen den Faschismus auf eine Stufe zu stellen, finde ich völlig daneben.
Im Übrigen hätte ich es gut gefunden, wenn Du den Brief, den Du bekommen hast und den Du zitierst, in voller Länge veröffentlicht hättest, sofern die Verfasser nichts dagegen haben.
Peter

Christian melde Dich!
Leider wissen wir nicht, wie Du zu erreichen bist.
Vor Weinachten hast Du bei uns im Buchladen (Druckerei) in der Schanzenstraße einige Bücher gekauft. Ein paar Tage später bist Du reingekommen und hast uns erzählt, daß Dir die Bücher vom Fahrrad geklaut worden sind. Das stimmt nicht!
Du warst wohl ein wenig "durch den Wind", weil - Du hast die Bücher, wie wir inzwischen bemerkt haben, in der Tüte bei uns stehen lassen!
Also los, hol sie Dir, Du hast dann schon ein paar Weinachtsgeschenke für 87.



Wie schon 1983 wird es bei uns wieder alles an Informationen zur Volksaushorchung, Personalausweis etc. geben. Auch Adressen der z.Zt. bestehenden Initiativen im Viertel (3 gibt es bereits!)könnt Ihr bei uns erfragen.

SCHANZENSTR.59 2000 HAMBURG 6
TEL.4396832 (SPIELE) 4300888 (BÜCHER)
MO.-DO. 9:30-18:00 FR. 9:30-18:30 SA. 10:00-14:00





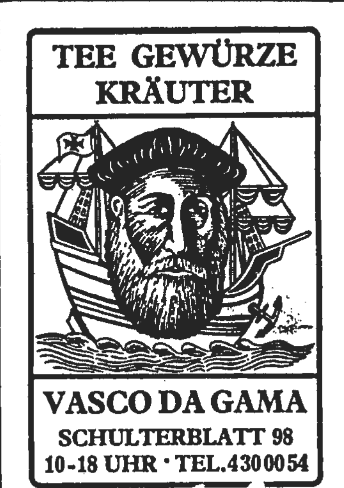


Mo bis Fr - 16.oo-o1.oo Uhr
Sa, So - 12.oo-o1.oo Uhr





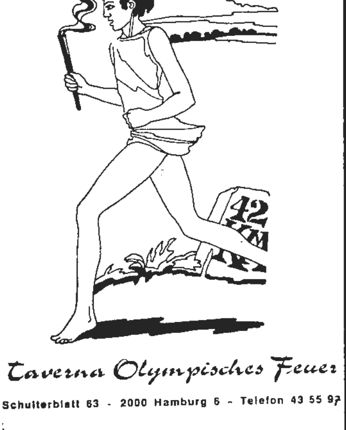




Wir führen noch
Kräuter und Gewürze
Erntejahr 1985
z.B.

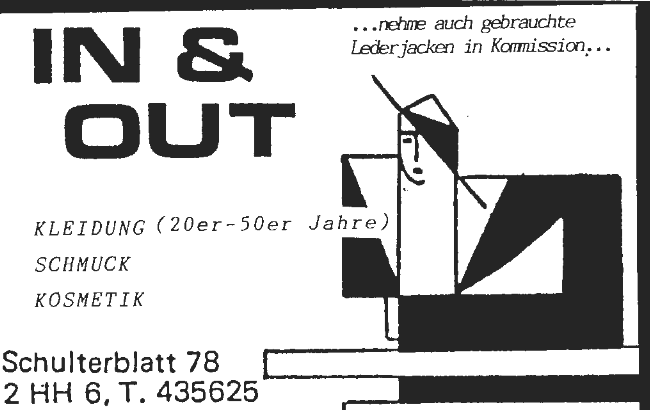
Curry Pulver	500g	5.90
Salbei	100g	2.90
Fenchel	100g	2.90














ADRESSEN

Ausländer

Spanischer Elternrat
Margarethenstr. 50
Tel.: 43 20 52
Mo. 16-18 Uhr
Mi. 10-12 Uhr
Fr. 14-19 Uhr

TÜRK DANIS
Ausländerberatungsstelle der AWO
Vereinsstr. 30
Tel.: 439 22 34

HAUS FÜR ALLE
Beratung für deutsche und ausländische Nachbarn
Vereinsstr. 25
Tel.: 43 25 96
Mo.-Do. 14-18 Uhr
Fr. 14-17 Uhr

Arbeitslose

CAFE MÜSSIGGANG
Arbeitslosenzentrum
Lindenallee 31
Tel.: 439 24 66
Mo.-Fr. ab 10 Uhr

Erwerbslosen- und Jobberinitiative
Balduinstr. 22
Tel.: 31 25 26
Di. 10 Uhr Erwerbslosenfrühstück
Di. 19 Uhr Offener Abend

Frauen

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Tel.: 43 35 11
Mo.+Do. 19-22 Uhr (sonst Anrufbeantworterin)

Dolle Deerns e.V.
Juliusstr. 16
Tel.: 439 41 50
tgl. 10-17 Uhr
Mi. 16-18 Uhr (Beratung für sexuell mißbrauchte Mädchen)

Frauen-Selbsthilfeladen
Marktstr. 27
Tel.: 439 53 89
Di. 17-18.30 Uhr
Do. 12-13.30 Uhr

Frauenkneipe
Stresemannstr. 60
Tel.: 43 63 77

Frauenbildungszentrum
Denk(t)räume
Grindelallee 43
Tel.: 45 06 44
Mo.-Do. 13-19 Uhr

Frauenmitfahrzentrale
Grindelallee 43
Sauerberghof
Tel.: 45 05 56
Mo.-Fr. 10-12.30 + 14-18 Uhr

Frieden

Friedensinitiative Schanzenviertel
c/o Peter Hansen
Margarethenstr. 39
Tel.: 439 44 46
Di. 20 Uhr Margarethenkneipe

Haus für Alle

Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel
Amandastr. 58
Tel.: 43 15 85
Mo, Di, Do, Fr: 10-13 Uhr
14-16 Uhr
Mi: 14-16 Uhr

Indianer

UNAI
Unterstützungsgruppe für nordamerikanische Indianer
c/o Gertraud Tel.: 43 47 27
c/o Goffy Tel.:439 75 51

Karolinen-Inis

Stadtteilinitiative Karolinenviertel
Mi. 20 Uhr Café Partout
(Marktstr. 21a)

Karolineninitiativen gegen Sanierungsschäden

Ausländerini
Türkisches Volkshaus
Glashüttenstr. 1
Tel.: 439 13 11

Internationaler Treffpunkt
Karolinenstr. 8
Tel.: 439 36 93 oder
Tel.: 43 23 93 (Pastor Winde)
Do. 19 Uhr

Karolineninitiative
c/o Michael Graff
Glashüttenstr. 85a
Tel.: 43 52 49

AG Karolinenviertel
(Kinder- u. Jugendarbeit)
c/o Dietmar Schimkat
Grabenstr. 28
Tel.: 439 25 82

Interessenvertreter im Sanierungsbeirat für Künstler
Heiner Studt
Tel.: 439 18 00 o. 47 99 98

Kultur

DUCKENFELD
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
Ölkersallee 64
Tel.: 439 34 13

Kulturverein Schanzenviertel
Margarethenkneipe
Margarethenstr. 33
Tel.: 43 57 11

LITERATURLABOR
Lindenallee 40
Tel.: 43 59 26

Hamburger Erwachsenenbildung
Fruchtallee 7
Tel.: 439 28 82

Medienpädagogisches Zentrum
Thadenstr. 130a
Tel.: 439 72 51
Mo.-Do. 18-19 Uhr

Kinder + Jugend

Kindersorgentelefon
Margarethenstr. 41
Tel.: 43 73 73

Kinderhaus Heinrichstr.
Heinrichstr. 14a
Tel.: 43 39 49

Kinderstube Altona e.V.
Bartelsstr. 65
Tel.: 43 68 55

Kinderglück e.V.
c/o Johanna Michaelis
Beckstr. 4
Tel.: 439 35 15

Kinderwohnhaus Sternschanze
Sternstr. 39
Tel.: 43 76 44

Bauspielplatz im Schanzenviertel
c/o H. Meyer
Tel.: 43 28 19

Freies Kinder- u. Stadtteilzentrum e.V.
Bartelsstr. 7 und 27
Tel.: 439 44 43

Hamburger Elterninitiative Kindergärten und Kindertagesgaststätten
c/o Dagmar Bernhardt
Agathenstr. 2a
Tel.: 410 48 71

HILFE FÜR ALKOHOLGEFÄHRDETE KINDER U: JUGENDLICHE e.V.
Thadenstr. 22
Tel.: 439 21 12

Mieter

Mieterinitiative Schanzenviertel
c/o Thomas Breckner
Weidenallee 45
Tel.: 43 43 23
Mo. 18-20 Uhr Beratung im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Mieter helfen Mietern
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 55 05
Mo.-Do. 10-18 Uhr
Fr. 10-16 Uhr

Mieterinitiative St. Pauli Nord
Wohlwillstr. 28
Di. 18-19 Uhr

Mieterinitiative Karolinenviertel
Sternstr. 39
Di. 20 Uhr

Wohnungslose

Ambulante Hilfe e.V.
Lippmannstr. 59
Tel.: 439 10 09
(Beratung u. Hilfe für Obdachlose)

Parteien

DKP Schanzenpark
c/o Werner Bernhardt
Tel.: 410 48 71

DKP-Gruppe Fettstraße
c/o Ulrike Wurstner
Tel.: 439 86 07

DKP Schulterblatt
c/o Dieter Wilde
Tel.: 43 26 15

GAL-Büro
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91 +
439 54 16

GAL-Stadtteilgruppe Schanzenviertel
Mo. 20 Uhr (Haus f. Alle)

GAL-Eimsbüttel
Müggenkampstr. 30a
Tel.: 40 40 10
jeden 1. Fr. 18 Uhr Neuentreff

GAL-Stadtteilgruppe St. Pauli
Neuer Pferdemarkt 30
Tel.: 43 88 49
Termine erfragen

Sozialistisches Büro HH
Altonaer Str. 28
Tel.: 43 32 89
jeden 1. Mi. 18-20 Uhr

Schanzenrasseln

SCHANZENRASSELN
- alt bis jung -
jeden 2. Sa. ab 16 Uhr Kaffeetrinken u. Klönsnack mit Filmen und Dias im Kulturverein Margarethenkneipe;
jeden Fr. 14-17 Uhr im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Schwule

GAL-Fachgruppe Rosa Biber
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91
Mo. 19.30 Uhr

Schwusel
c/o Tuc-Tuc
Ölkersallee 5
Tel.: 43 46 47
Do. 19-21 Uhr

Staatsmacht

Bürger beobachten die Polizei
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46
Do. 18-20 Uhr

Ini gegen den Überwachungsstaat
Mo. 20 Uhr (Kinderzentrum Bartelsstraße)

Anwaltlicher Notdienst
Tel.: 511 88 48
Mo.-Fr. 18- 8 Uhr
Sa.+So. 0-24 Uhr

Umwelt

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46

Robin Wood
Neernstweg 32
Tel.: 390 95 56

Anti-AKW-Ini Schanzenviertel
Di. 20 Uhr (Haus f. Alle)

Bürger gegen Tierversuche
Bartelsstr. 11
Tel.: 439 11 11

Libertäres Zentrum
Lagerstr.27
2000 Hamburg 6
Tel.: 430 13 96

F.A.U. (Anarchosyndikalisten)
Do 16.30 - 18.30

Anarchistisches Frauencafé
So ab 15.00

Infos über das Zentrum,
Bücherverkauf Mi 16.30 - 19.30

Zeitung

Stadtteilzeitung
'SCHANZENLEBEN'
c/o 'Die Druckerei'
Schanzenstr. 59
Tel.: 430 08 88

Impressum

Schanzenleben erscheint monatlich

Verleger: Schanzenleben-Kollektiv ... senhaft im Schanzenviertel

Druck: Schwarzweiß-Druck & Co.

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.bin. PG Michael Schanze

(Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung)

Zentraladresse für Manuskripte, Leserbriefe, Fotos, Kleinanzeigen, Termine
Initiative Stadtteilzeitung
"SCHANZENLEBEN"
c/o Die Druckerei
Schanzenstraße 59

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Gewähr (Rückporto beilegen).

Regionale Redaktionen:
O.F., Schulterblatt 63
Furio, Schanzenstr. 87
Biber, Juliusstr. 29a